

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

15. Sitzung
12. Dezember 2022

Beginn: 09.06 Uhr
Schluss: 12.02 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Ahmadi (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Ich rufe auf

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0476
**Ein zukunftsfähiges Sanierungskonzept für die
Polizeiabschnitte und Feuerwachen**

[0053](#)
InnSichO
Haupt

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0068](#)
InnSichO
**Neubauvorhaben und Abbau des Sanierungsstaus
bei Polizei und Feuerwehr**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße zu unserer Anhörung Herrn Sven Lemiss, Geschäftsführer der Berliner Immobilienmanagement GmbH, der uns digital zugeschaltet ist. Herzlich willkommen! – Wird die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht? – Das ist der Fall. Ich sehe nur Kopfnicken.

Der Antrag zu Punkt 3 a ist bereits in der 14. Sitzung durch die Fraktion der FDP begründet worden. Wird seitens der Fraktion der FDP das Wort zu einer ergänzenden Begründung gewünscht? – Herr Jotzo, bitte!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank! – Ich will nur noch hinzufügen: Schön, dass wir uns einigen konnten, dass hierzu eine Anhörung der BIM stattfindet. Ich begrüße auch Herrn Lemiss ganz herzlich! – Die Dringlichkeit dieses Punktes ist ja noch deutlicher geworden als bisher. Der Sanierungsstau bei Polizei und Feuerwehr ist unglaublich groß. Wir haben dort über 1,5 Milliarden Euro Handlungsbedarf. Das ist hier im Haus unumstritten. Die Frage, die wir miteinander zu klären haben, und dazu soll die heutige Anhörung Aufschluss geben, lautet: Wie können wir diese Punkte am besten bewältigen? – Der Vorschlag der FDP-Fraktion ist die Bildung einer Infrastrukturgesellschaft, die in der Lage ist, schnell und entschieden zu agieren, die auch die Möglichkeit hat, entsprechend Kapital zu beschaffen, um schnell aktiv zu werden, damit auch wirklich die Beamtinnen und Beamten die Arbeitsbedingungen erhalten, die sie erwarten können, und die Bürgerinnen und Bürger den Service, den sie aufgrund von vernünftig ausgestatteten Sicherheitsbehörden im Land Berlin auch erwarten können. Deswegen hoffe ich, dass die heutige Anhörung auch darüber Aufschluss geben wird, inwieweit die BIM und gegebenenfalls Berlinovo in der Lage sind, uns hier zur Seite zu stehen mit einer solchen Infrastrukturgesellschaft oder auf andere Weise.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Jotzo! – Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 b durch die Koalitionsfraktionen gewünscht? – Herr Franco, bitte!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich glaube, alle hier in diesem Raum wissen, dass der Sanierungsstau sowohl bei der Polizei als auch der Feuerwehr eine der größten Herausforderungen ist. Der stellen wir uns aber. Wir haben als Koalition gesagt, dass die Schulen Priorität genießen; ich glaube aber, auch im Innenausschuss sind wir uns des Problems bewusst. Gleichzeitig gehen wir die Probleme aber auch an: Wir haben in diesem Haushalt mit über 130 Millionen Euro für die Sanierung von Polizei- und Feuerwehrliegenschaften viel Geld zur Verfügung gestellt. Wir wissen aber auch, dass das nur ein erster Anfang sein kann. Wir wissen, dass es sehr viele Liegenschaften gibt, die sehr dringend sanierungsbedürftig sind. Wir wissen, dass wir viele Großprojekte haben mit der Leitstelle, mit der BFRA, auch mit dem KTI, das dringend einen Neubau benötigt. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir uns heute mit diesem Thema hier beschäftigen und auch mal einen Sachstand erfahren, wie

die aktuellen Planungen laufen und wo die Herausforderungen sind, um künftig besser nachsteuern zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Franco! – Jetzt kommen wir zu einer einleitenden Stellungnahme des Senats. Dazu Frau Senatorin Spranger, bitte!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Herzlichen Dank auch noch mal an das Hohe Haus, dass wir heute in einer Besprechung nach § 21 Abs. 3 GO Abghs gemeinsam mit der BIM, bei der ich Aufsichtsratsmitglied geworden bin, über den Sanierungsstau sprechen können. Dass der Sanierungsstau bei den Gebäuden sowohl der Berliner Polizei als auch der Berliner Feuerwehr erheblich ist, daran gibt es überhaupt nichts zu beschönigen. Wenn wir uns das anschauen, liegen wir bei den Gebäuden der Polizei bei rund 1,35 Milliarden Euro und bei der Feuerwehr bei rund 205 Millionen Euro, ohne klimaneutrale Sanierung und Baukostensteigerungen. Das heißt, da kommen wir auf eine Größe, die weit über die hier genannten 1,5 Milliarden Euro hinausgeht.

Die Gründung einer Investitionsgesellschaft, die die genannten Ziele verfolgt – das ist der Antrag, der hier eingebracht worden ist –, ist auch im Koalitionsvertrag für die Regierungspolitik vorgesehen. Die Gründung einer privatrechtlichen Landesgesellschaft liegt in der Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Finanzen. Sie wurde vor dem Hintergrund der im Koalitionsvertrag formulierten Absicht um einen Sachstand gebeten. Ein entsprechender Gründungsvorgang ist laut SenFin noch nicht angestoßen worden. Ich würde es aber sehr begrüßen, wenn diese Diskussion jetzt im Innenausschuss – das ist der Ausschuss, der darüber zu entscheiden hat, auch später zu entscheiden hat, wie die finanzielle Ausgestaltung im nächsten Doppelhaushalt aussehen wird –, einen Impuls an die Senatsverwaltung für Finanzen sendet, das als Gründungsvorgang anzuschieben.

Ich habe schon gesagt, dass ich den Abgeordneten sehr dankbar bin, dass Sie das schon im letzten Doppelhaushalt als Prioritätensetzung mit auf die Tagesordnung genommen haben. Herr Lemiss wird gleich Ausführungen vonseiten der BIM machen. Wir haben ständig in der BIM über die Prioritätensetzung gesprochen. Bevor ich nachher einzelne Prioritätensetzungen der Berliner Polizei und Feuerwehr nenne, vielleicht zunächst einmal die Bewertung durch Herrn Lemiss; dafür wäre ich dankbar. Dann, denke ich, können wir in die Details eintreten, welche Prioritäten auf der Liste stehen. Das könnte ich nachher noch ausführen. Wie gesagt, die Gründung einer Investitionsgesellschaft, um Investitionen künftig über ein landeseigenes Unternehmen zu finanzieren, finde ich sehr vernünftig. Die Koalition hat sich ja auch dazu bekannt.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Jetzt die Stellungnahme der BIM GmbH. Herr Lemiss ist uns digital zugeschaltet. Sie haben das Wort – und ca. fünf Minuten Zeit.

Sven Lemiss (BIM GmbH; Geschäftsführer) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlichen Dank auch für die Einladung zu dieser Ausschusssitzung! Grundsätzlich kann ich natürlich nur bestätigen, dass das Portfolio der Polizei tatsächlich vom Zustand her unser schlechtestes ist, gefolgt dann von der Feuerwehr, mit recht großem Abstand. Woran liegt das? – Das liegt einfach daran, dass die Mittel pro Quadratmeter viele Jahre die geringsten waren für dieses Portfolio, und dass wir es, inzwischen schon lange her, aber auch in ei-

nem sehr schlechten Zustand übernommen haben. Insofern ging es tatsächlich immer um eine Mangelverwaltung. Wenn man sich das angeschaut hat, auch die Entwicklung des Gebäudes, im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Mitteln, dann hat sich Jahr für Jahr eher der Sanierungsstau aufgebaut als irgendwo abgebaut. Das wurde ein Stück weit durchbrochen durch Mittel, die gerade über SIWANA und SIWA zur Verfügung gestellt wurden, zum Teil auch aus dem Haushalt dazugekommen sind, und gerade jetzt auch in dem aktuellen Doppelhaushalt tatsächlich mit der Erhöhung der Mieten. Aus diesen Mieten haben wir die Möglichkeit, wieder mehr für den Bauunterhalt letztlich aufzuwenden. – Das erst einmal ganz grundsätzlich.

Der Sanierungsstau hat sich gerade auch zum letzten Jahr noch mal, entgegen der Aussage von eben, aus anderen Gründen erhöht. Wir haben noch einmal grundsätzlich das Thema Barrierefreiheit untersucht und damit auch das notwendige Budget ermittelt, um tatsächlich überall Barrierefreiheit herzustellen. Damit ist dieser Sanierungsstau noch einmal aufgewachsen. Gerade hinsichtlich der energetischen Sanierung, um die Klimaziele Berlins zu erreichen – dazu hat die Senatorin eben schon einiges ausgeführt –, kommt überall, egal in welchem Portfolio, noch einmal etwas obendrauf.

Grundsätzlich ist es so, dass wir sowohl die Kurzfristplanung, also jeweils die jährliche Planung, als auch die Mittel- und Langfristplanung, bis hin zu einer Zehnjahresplanung, mit dem Mietermanagement der Polizei letztlich aushandeln. Die zur Verfügung stehenden Mittel, da stellt sich immer die Frage: Wofür werden sie eingesetzt? – Insofern geht es da auch um die Forderungen und Wünsche der Polizei selbst, sodass diese Planung jeweils miteinander abgestimmt ist. Wenn es jetzt um möglichst zusätzliches Geld geht, dann ist das mit Sicherheit notwendig. Das unterstreichen wir auch schon seit vielen Jahren. Die Antworten auf entsprechende Parlamentsanfragen sehen immer sehr eindeutig aus. Schwierigkeit wird immer sein, entsprechend Baufreiheit herzustellen. Gerade wenn wir in komplexe Sanierungen gehen, darf man nicht unterschätzen, da sind Polizistinnen und Polizisten, aber auch bei den Feuerwachen Feuerwehrleute, Tag und Nacht vor Ort. Insofern ist immer die Frage, wie weit man dort lärmintensive Maßnahmen zumuten kann. Dafür ist es ganz häufig notwendig, auch in Abstimmung mit der Polizei, Alternativen zu schaffen. Gegenwärtig schaffen wir die in Form von Neubauten beispielsweise, aber auch Bestandsbauten, die bisher nicht genutzt werden, werden ertüchtigt, um dann entsprechend eine Baufreiheit herzustellen, bei uns immer unter dem Begriff „Drehscheiben“.

Was die Finanzierung betrifft, würden wir als BIM gern darauf hinweisen, dass es unserer Ansicht nach eine Finanzierungsgesellschaft bereits gibt, mit dem Berliner Bodenfonds, einer eigenen Tochter der BIM, über die letztendlich Immobilien angekauft werden. Über eine Forfaitierungslösung garantieren wir auch den Kommunalzins, also den Zins, den Berlin bei direkter Kreditaufnahme letztlich von der IBB erhält. Natürlich ist dieses Konzept auch erweiterbar auf Bauleistungen, auf Finanzierung von Bauleistungen. Da gibt es zumindest im Ansatz auch erste Gespräche mit der Senatsverwaltung für Finanzen. Insofern glauben wir, dass ein heute schon erprobtes Modell, bei dem im Prinzip der Bodenfonds ankauft und in dem Fall ans SILB weitervermietet, innerhalb der zu veranschlagenden Miete dann die Refinanzierungskosten bereitgestellt werden, also letztlich Zins und Tilgung, ein Modell ist, das es grundsätzlich heute schon gibt. – Soweit zu meinen Ausführungen.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen herzlichen Dank! – Nun kommen wir zur Aussprache. Als Erster hat sich für die CDU-Fraktion Herr Herrmann gemeldet. – Sie haben das Wort!

Alexander Herrmann (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ein Thema, das uns nicht erst im Zuge des Ausnahmezustandes des Rettungsdienstes beschäftigt, ist die Personalgewinnung. Insofern ist es richtig, zum Thema Personal auch gute Arbeitsbedingungen vorzuhalten, und das ist natürlich aktuell, wenn ich mir viele Wachen sowohl bei Polizei als auch bei Feuerwehren, insbesondere auch den Freiwilligen Feuerwehren angucke, nicht der Fall.

Zum Sanierungsstau, und das ist gleich meine erste Frage, hat die Senatorin eingangs Zahlen genannt. Auf eine Anfrage von mir gab es, Stand 1. April 2022, einen Sanierungsstau bei der Polizei von 1,8 Milliarden Euro und bei der Feuerwehr, auch Stand 1. April, dann von 331 Millionen Euro inklusive energetischer Sanierung. Sie haben das jetzt ein bisschen differenziert, aber ich glaube, diese Differenzierung funktioniert nicht, weil wir an der Stelle auch nur die Gesetzeslage umsetzen. Deswegen die zweite Frage: Wenn Sie sich die eigenen Priorisierungen angucken, wie viele Millionen, Milliarden brauchen wir denn bei Polizei und Feuerwehr jeweils, um zumindest Priorität 1 und 2 – das sind die Maßnahmen, die ganz dringend sind, wo es dann auch um die Abwendung von Gefahren für Leib und Leben geht – umzusetzen? Hier natürlich auch das große Stichwort Arbeitsschutz, der, wenn ich zum Beispiel an die Abgasentrauchungsanlagen bei der Feuerwehr denke, nicht gegeben ist, und auch, wenn ich an die Toiletten in vielen Wachen denke, muss da dringend etwas passieren.

Die dritte Frage, angeknüpft an das, was Herr Lemiss eben ausführte, betrifft die Drehscheiben. Das hört sich vernünftig an, wenn ich in der Nachbarschaft irgendwo entsprechende Kapazitäten räumlicher Art habe, um dort gegebenenfalls temporär Beamte, Beschäftigte unterzubringen. Es wird aber auch viele Standorte geben, wo es angesichts der wachsenden Stadt Berlin diese Flächen nicht gibt. Gibt es denn dort Überlegungen, gegebenenfalls mobile Containerlösungen zu haben, um schnell dann auch solchen Wachen Sanierungen angedeihen zu lassen, oder hat man dafür noch keine Konzepte? – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Herrmann! – Als Nächster Herr Schreiber für die SPD-Fraktion!

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Herzlichen Dank auch für die Darstellung! Ich habe zwei, drei Fragen. Zum einen klang gerade noch mal das Thema Drehscheiben an. Das ist kein kleines Thema, sondern im Gegenteil, ein eher sehr wichtiges und großes Thema, denn man bekommt immer mehr den Eindruck, dass die Drehscheiben langsam weniger werden und sich damit natürlich auch Bauvorhaben ein Stück weit verlangsamen, denn eine Drehscheibe kann man nicht permanent nutzen, wenn man sie dann irgendwann selbst bebaut. Das gilt für Polizei und Feuerwehr und wahrscheinlich auch für andere Bereiche. Vielleicht kann Herr Lemiss das noch einmal deutlich machen, auch die Konzeption. Man baut ja nicht wahllos irgendwo in Berlin etwas hin, sondern schon mit einem Plan und einer klaren Struktur. Wie sieht es grundsätzlich mit den Drehscheiben aus? Kommen wir da in schwieriges Fahrwasser, dass wir kaum noch welche haben, um dann tatsächlich weiter zu sanieren? Ich will ein Beispiel bei mir aus Treptow-Köpenick nennen: Wir hatten das Glück mit der Feuerwache Köpenick, Katzensgraben, dass wir die Grünauer Straße, ehemaliges Abschiebegewehrsam, hatten, wo man dann auch wechseln konnte und, und, und. In der Nähe des Hauptbahn-

hofs gab es auch ein Grundstück für die Polizei; ähnliche Situation auch für die Hundertschaft wiederum in der Kruppstraße. Das sind glückliche Umstände, die man hat. Vielleicht können Sie zum Thema Drehscheiben die Wichtigkeit und die Bedeutung noch ein bisschen plastisch machen.

Das andere, was nicht nur mich, sondern viele andere auch interessiert, ist: Ich habe manchmal den Eindruck, Berlin verplempert so ein bisschen die Zeit mit der Sanierung von Altbauten, jedenfalls für Dienststellen. Es sieht immer ganz nett aus, wenn man eine Wache in einer alten Villa hat. Das ist auch irgendwo sehr sympathisch, aber ob es noch zeitgemäß ist, ist eine andere Frage. Meine Frage ist: Ist es nicht teilweise zielführender zu sagen, man verabschiedet sich von einem Standort, der natürlich saniert wird, der in öffentlicher Hand bleibt, und fängt mit Neubauten an: neue Abschnitte, die neu gebaut werden, Feuerwachen? Wir haben zum Glück bei den Freiwilligen Feuerwehren die Modulbauweisen, was wirklich gut ist und auch hilft, Ähnliches sicherlich auch für den Katastrophenschutz. Da meine Frage an Sie: Wie ist denn da die Priorisierung? Überlegt man tatsächlich, ob man Neubau forciert – klar, das ist eine Frage des Grundstückes –, oder sagen Sie: Nein, wenn da schon Bestand ist, also wenn ein Abschnitt da ist, sanieren wir lieber im Bestand? Gibt es dazu auch Planungen? Das würde unter Umständen vielleicht auch mal ein paar Probleme lösen, die wir haben.

Die letzte Frage, nach vorne geschaut: Wie wird bei den Wohnungsneubauvorhaben, die wir in dieser Stadt zum Glück haben und die auch kommen, Polizei und Feuerwehr mitgedacht? Es gibt neue Wohnquartiere, die kommen. Gleiches gilt auch für den Gesundheitsbereich wie Ärztehäuser und so weiter und so fort. Inwiefern sind Sie und andere da involviert, damit wir nicht am Ende alles zugebaut und dann keine Fläche mehr haben und da nicht vorankommen? Das vielleicht als Fragestellung. – Danke schön!

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Schreiber! – Für die FDP-Fraktion Herr Jotzo, bitte!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank zunächst, Herrn Lemiss, für Ihre Ausführungen! – Das stellt sich positiver dar, als ich gedacht habe. Die Innensenatorin unterstützt das Vorhaben. Sie sagt, es hängt eigentlich nur noch in der Finanzverwaltung. Die Koalition ist im Prinzip auch der unterstützenden Auffassung. Herr Lemiss hat gesagt, selbst gesellschaftsrechtlich sei alles schon geregelt, man bräuchte keine zusätzliche Infrastrukturgesellschaft mehr gründen, die Gesellschaft sei im Grunde schon vorhanden. Alles ist startklar. Die Frage, die sich dann stellt, ist: Woran scheitert es eigentlich noch? Ist es so, dass nur noch, wie an vielen anderen Stellen, die SPD-Innenverwaltung und die Grüne Finanzverwaltung sich gegenseitig blockieren, oder woran liegt es? Das wäre sozusagen die spannende Frage, die vielleicht von politischer Seite zu beantworten wäre. Die Frage an Herrn Lemiss wäre: Welche konkreten Schritte wären denn jetzt nötig, damit wir vom Wollen ins Tun kommen? Die Koalition hat scheinbar im Koalitionsvertrag schon entsprechende Vorkehrungen getroffen. Jetzt ist nur noch die Frage: Was brauchen Sie, damit Sie morgen mit Ihrer Gesellschaft loslegen können?

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Jotzo! – Für die Fraktion Die Linke Herr Schrader, bitte!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank erst mal für die einführenden Worte, Herr Lemiss! Zur Frage, wie viel Geld zur Verfügung steht: Es ist erfreulich, dass es mittler-

weile etwas anders aussieht als noch vor vielen Jahren, als es noch einen Mangel an Geld gab. Jetzt haben wir ein bisschen mehr, aber das ist nun nicht ganz neu. Es ist erfreulich, dass es jetzt ein bisschen mehr gibt, aber die Probleme liegen bekannterweise, das haben wir mittlerweile vielfach lernen müssen, nicht beim zur Verfügung stehenden Geld, sondern es gibt andere Hindernisse beim Verbauen und Investieren dieses Geldes. Insofern habe ich eine Frage in Richtung der möglichen Entstehung einer Infrastrukturgesellschaft: Auch das ist eine Frage, die diese Koalition schon sehr lange diskutiert und in einem anderen Bereich auch schon in die Wirklichkeit umgesetzt hat, nämlich bei der Berliner Schulbauoffensive. Da gibt es im Grunde ein sehr ähnliches Modell. Bekannt ist dort aber auch, dass es immer noch Hindernisse und Probleme gibt beim Ausgeben des Geldes. Wir sind dort einen Schritt weiter, dass man eine Infrastrukturgesellschaft hat. Da gibt es dann mehr Personal, mehr Strukturen, die sich darum kümmern können. Meine Frage geht noch mal in die Richtung – vielleicht können Sie, Herr Lemiss, etwas dazu sagen –: Was können wir denn aus der Berliner Schulbauoffensive lernen? Was ist dort gut gelaufen? Was ist bisher dort nicht so gut gelaufen? Gibt es vielleicht Erfahrungen, die sich auf den Bereich der Polizei und der Feuerwehr übertragen lassen, beziehungsweise auf der anderen Seite: Welche Unterschiede gibt es bei Polizei und Feuerwehr, die nicht mit dem Bereich der Schulbauoffensive vergleichbar sind? Das würde mich noch mal interessieren.

Ansonsten wurde vorhin das Thema Kotti-Wache angesprochen. Gestatten Sie mir die Bemerkung: Da habe ich dann auch Verständnis dafür, dass sich innerhalb der Polizei, wie ich in vielen Gesprächen gehört habe, Skepsis gegenüber diesem Projekt entwickelt hat, wenn dort über 3 Millionen Euro verbaut werden, während in den Abschnitten das braune Wasser aus der Leitung kommt oder die Decke herunterkommt. Das sind Fragen, die immer wieder diskutiert werden, auch prinzipiell, und ich finde es schon wichtig, das auch immer wieder zu hinterfragen. Aber gut, die Sache ist entschieden, aber diese Bemerkung sei mir gestattet an dieser Stelle.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Schrader! – Wir haben noch Herrn Franco und Herrn Woldeit auf der Redeliste. Da Herr Lemiss nur bis 10.30 Uhr Zeit hat, würde ich auch Sie bitten, sich kurz zu fassen wie die Vorgänger, und dann würde ich erst mal Ihnen, Herr Lemiss, das Wort zur Beantwortung der Fragen geben. – Als Erster Herr Franco für Bündnis 90/Die Grünen!

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch ich danke erst mal für die Darstellung! Ich habe noch ein paar Fragen, die ins Detail gehen. Es wird in diesen Plänen, nach denen die Sanierungen durchgeführt werden, in Kategorien unterschieden, und es gibt dabei die drängendste Kategorie, die praktisch schon zur Gefahrenabwehr da ist, also dass man Brandschutz und Weiteres die ganze Zeit sicherstellt. Dadurch, dass der Sanierungsstau so hoch ist – inwiefern ermöglicht das überhaupt eine zielführende Prioritätenplanung? Was wir immer wieder hören, ist, dass Sachen angekündigt, aber dann nicht durchgeführt werden, weil man andere Maßnahmen bevorzugen musste. Inwiefern ermöglicht die jetzige Situation auch eine gezielte Planung, und inwiefern ist das tatsächlich im Großteil Gefahrenabwehr mit den vorhandenen Mitteln, die wir betreiben?

Dann würde mich auch interessieren, wie sich sowohl dieses Jahr als auch die Planungen für nächstes Jahr mit den Baukosten darstellen. Wir wissen, Ressourcen werden teurer. Wir haben eine Inflation, die trifft auch den Baubereich, Personalmangel. Wir möchten auch in vie-

len anderen Bereichen viel bauen. Auch das wirkt sich sicherlich auf die Marktpreise aus. Inwiefern rechnen Sie damit, was für Veränderungen für die Kosten bei Sanierung und Neubau zu erwarten sind?

Mich würde interessieren: Wir hatten aufgrund der Wahlen erst im Juni dieses Jahres die Möglichkeit, den Haushalt zu beschließen. Was bedeutet das auch konkret für den Mittelabfluss, zumindest für das Jahr 2022? Bleibt da jetzt viel Geld unverbaut liegen, oder hat man es geschafft, gut auszugeben beziehungsweise die entsprechenden Aufträge auszulösen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Franco! – Als Nächster für die AfD-Fraktion Herr Woldeit, bitte!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Vielen Dank, Herr Lemiss, für die Ausführungen! – Herr Schrader! Die Wache am Kottbusser Tor ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, und da muss man abwägen, inwieweit monetäre Fakten sicherheitspolitischen Fakten hinterherstehen. Ja, es kann natürlich die Frage aufkommen, über 3 Millionen Euro Kosten bei der Wache am Kottbusser Tor, aber, wie gesagt, die sicherheitspolitische Notwendigkeit überwiegt dort.

Meine Frage geht in die ähnliche Richtung wie die vom Kollegen Schreiber. Ich habe in der Vergangenheit immer wieder mitbekommen, dass es besondere Herausforderungen bei Bestandsbauten gibt, nicht nur im Rahmen der Renovierungs- beziehungsweise Sanierungsarbeiten, sondern auch im Rahmen des Denkmalschutzes und Ähnliches. Manchmal stellt man sich die Frage, ob es nicht vielleicht zweckmäßiger ist, dann auf ein Neubaukonzept zu gehen, anstatt ein Bestandskonzept weiter zu bearbeiten. Wir reden von einem Sanierungsstau, Zahlen wurden schon genannt, von geschätzt 1,2 Milliarden Euro, 1,5 Milliarden Euro. Das ist etwas, was die jetzige Hausleitung nicht zu verantworten hat, sondern die Hausleitungen bis Anfang der Nullerjahre, und das kann man nicht so einfach stemmen. Ich freue mich, dass sich jetzt etwas tut.

Zum Antrag der FDP: Ich habe dazu schon im Plenum gesprochen. Ich halte es für mitunter sehr vernünftig, was dort formuliert wurde. Das sind gute und interessante Anhaltspunkte. Die jetzige Situation, die Rahmenbedingungen zeigen, dass man eigentlich schon hätte viel früher handeln müssen. Wir sehen gerade, dass es nicht immer das Problem ist, Gelder auszugeben, denn Geld ist mitunter jetzt da, aber die Schwierigkeit ist, Bauträger und Unternehmer zu finden. Wir sehen die Marktsituation im Rahmen der Rohstoffpreise: Stahl wird teurer, Beton wird teurer, Zement wird teurer und Ähnliches. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Welche Planungssicherheit aufgrund der schwierigen Rahmenlage im Rahmen der äußeren Bedingungen sehen Sie dort, Herr Lemiss? – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Woldeit! – Dann würde ich Herrn Lemiss das Wort geben, damit Sie die Fragen erst mal beantworten können.

Sven Lemiss (BIM GmbH; Geschäftsführer) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Ich beginne mit Herrn Abgeordneten Herrmann. Wie viele Maßnahmen der Prioritäten 1 und 2 und damit verbunden – so habe ich die Frage zumindest verstanden – wie viel sehen wir grundsätzlich als notwendig? – Natürlich baut man einen Sanierungsstau nicht auf Null ab. Das würde,

glaube ich, kein Immobilieneigentümer machen. Das ist am Ende auch nicht sinnvoll. Wenn man aber Maßnahmen der Priorität 1 und 2 umsetzt, dann ist es natürlich sinnvoll, andere Dinge mitumzusetzen. Wenn ich an die Fassade gehe oder Fenster auswechsele, macht es Sinn, drin Malerarbeiten vorzunehmen, obwohl die Malerarbeiten nicht unbedingt Priorität 1 oder 2 sind. Insofern gehen wir davon aus, und so machen wir es auch, dass wir bestimmte Maßnahmenpakete daraus schnüren. Ich gehe davon aus, dass es in etwa 70 Prozent sein sollten, die am Ende tatsächlich als ein zwingend notwendiger Sanierungsstau, verbunden mit vernünftigen Maßnahmen, dann auch erbracht werden sollten.

Das ganze Thema Priorität 1 und 2: Herr Abgeordneter Franco, Sie haben auch noch mal ganz deutlich gesagt: Gefahrenabwehr für Leib und Leben. – Das muss man sich am Ende aber so vorstellen, dass eine Nichtumsetzung der Maßnahmen nicht zwangsläufig heißt, dass Gefahr besteht für Leib und Leben der Personen, die sich dort drin aufhalten. Dem begegnen wir so, dass wir entsprechende Ersatzmaßnahmen vornehmen. Das können Schutztunnel oder Ähnliches sein. Das klingt alles nicht schön, aber letztendlich ist es die Realität. Bei Schadstoffen können das ständige Messungen sein, die garantieren, dass man irgendwo, zumindest in der Luft, keine messbaren Schadstoffe hat; das zur Gefahrenabwehr.

Ein großes Problem besteht tatsächlich – Herr Abgeordneter Herrmann, Herr Abgeordneter Schreiber, das haben Sie noch mal deutlich gemacht – beim Thema Drehscheiben. Wir sind, was Drehscheiben betrifft, natürlich neben solchen glücklichen Umständen wie in der Grünauer Straße für die Feuerwehr – für mehrere Feuerwachen übrigens – gemeinsam mit der Polizei und der Innenverwaltung auf der Suche nach geeigneten Standorten, weil es aus unserer Sicht, gerade, wenn wir dort Neubauten errichten für Drehscheiben, Sinn macht, dorthin zu gehen, wo ich eine Mehrfachnutzung dieser Drehscheiben habe. Das heißt, nicht nur für eine Wache jeweils, sondern dann auch für mehrere Wachen und am besten, und so haben wir es jetzt auch, auf vorhandenen Standorten. Wir sind gerade dabei, beispielsweise zwei darauf zu errichten. Warum auf vorhandenen? – Weil man die natürlich im Endergebnis, wobei ich nicht von einem Zeitraum von unter zehn Jahren ausgehe, tatsächlich langfristig in den normalen dauerhaften Bestand der Polizei oder aber auch der Feuerwehr übernehmen kann.

Containerlösungen: Klar haben wir auch mal eine Planung einer mobilen Wache aufgesetzt. Das stellt sich aber ganz häufig eher noch schwieriger dar, weil man letztendlich durch die berechtigten Ansprüche, Erwartungen und Bedarfe, egal, ob es Polizei oder Feuerwehr ist, am Ende davon ausgehen muss, dass die nicht wirklich mobil sind, dass sie also nicht einfach zurück- und neubaubar sind oder wieder woanders aufstellbar sind, zumindest nicht ohne erheblichen Aufwand, mal abgesehen von den Erschließungskosten, den Fundamenten, die zusätzlich kommen. Letztlich haben wir es wieder verworfen. Wo es funktioniert, und da machen wir es auch, ist immer ergänzend. Wenn man sagt, man zieht nicht eine komplette Wache frei, hat aber auf der Liegenschaft noch entsprechend Platz und ergänzt mit Containern, dann ist das ein durchaus probates Mittel.

Wo wir jetzt schon bei den Drehscheiben sind: Herr Abgeordneter Schrader, Sie fragten: Was kann man aus der Schulbauinitiative lernen? – Letztendlich merken wir dort, dass sie ähnliche Probleme haben. Grundsätzlich würde ich jetzt kein Urteil zur Schulbauinitiative abgeben, aber ich glaube, dass das trotzdem insgesamt recht gut läuft. Das ist hier aber nicht die Frage. Auch dort ist meiner Ansicht nach viel zu lange die Frage der jeweiligen Ersatzstandorte, Ausweichflächen für zu sanierende Schulen ein Thema gewesen. Das heißt, das ist viel Zeit,

die dort ins Land geht, die zum Teil auch wieder erklärbar ist, denn wir haben, und da verbinde ich das mit dem Thema Neubauten statt Sanierungen, häufig nicht dort Liegenschaften, landeseigene Grundstücke, wo der Bedarf letztendlich ist. Ich erinnere an unsere Schwierigkeiten im Hinblick auf die Neubauten der Freiwilligen Feuerwehren in Treptow-Köpenick, wo wir durch besondere Anforderungen an den Naturschutz und überhaupt Vorhandensein solcher Grundstücke in Teilen Jahre gebraucht haben, um Grundstücke zu finden, die genehmigungsfähig sind. Wenn ich an Mahlsdorf denke, sind wir da noch immer nicht am Ende. Da dauert diese Grundstückssuche bestimmt schon zwei, drei Jahre. Das heißt, Neubauten wären schön. Gerade für die Freiwilligen Feuerwehren, die nicht den großen Flächenbedarf haben, ist es mit Sicherheit die deutlich günstigere Kostenalternative, auch hinsichtlich des Klimaschutzes sicherlich besser ausgestaltbar. Aber die Frage der Grundstückssituation ist da unser größtes Thema.

Wenn es um Neubauten geht, die großen Quartiere, hatten Sie, Herr Schreiber, auch die Frage: Wird die Polizei dort berücksichtigt? – Gerade bei unseren größten Liegenschaften: ja. Großflächige Planungen gibt es beispielsweise für die Urania, ehemaliger Standort des Rechnungshofes, und ein zweites sehr großes in der Invalidenstraße, wo die Polizei ohnehin schon einen kleinen Standort hat, wo wir Staatsanwaltschaft hatten, wo wir vorne noch stets das ehemalige Landeslabor haben, nur unterbrochen von Aldi. Dazwischen wird es eine große Grundstücksarrondierung geben, da sind wir tatsächlich planerisch auf einem guten Weg mit allen Beteiligten, und in diesem Neubau soll in Größenordnungen auch die Polizei Flächen erhalten. Wenn wir über große Quartiere reden, dann sind das die beiden größten. Die Frage ist natürlich am Ende: Wird das nachher auch finanziert?

Was braucht die Polizei eigentlich? – Da gibt es ein gemeinsam erarbeitetes sogenanntes Zielformfolio, das zwischen Innen- und Finanzverwaltung abgestimmt wird, sodass immer klar ist: Was braucht es eigentlich noch an Aufwuchs von Flächen? – Da sind wir tatsächlich heute deutlich schlauer als noch vor ein paar Jahren.

Das Thema Baukostensteigerung: Natürlich macht uns das auch Sorgen. Trotzdem haben wir entschieden, dass es gerade die Bauvorhaben der Polizei und Feuerwehr dahingehend nicht betreffen darf, dass daraus resultierend Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Zum einen haben wir Glück, dass der SIWANA-Titel dort für Kostensteigerungen Mittel enthält. Das ist das eine für die SIWANA-Maßnahmen; das andere ist für den Bauunterhalt. Da muss man ehrlich sein: Das kompensieren wir letztlich auch durch Geld, das dann anderen Teilportfolien weggenommen wird. Wir halten das für legitim aus dem Grund, dass das, wie eingangs schon erwähnt, die beiden schlechtesten Portfolien sind, was den jeweiligen Zustand betrifft. Aber natürlich kann man Geld nur einmal ausgeben, und insofern wird dann das, was wir hier rüberschieben, an anderer Stelle nicht umgesetzt.

Die ganze Frage der Finanzierungsgesellschaft: Was ist da notwendig? – Wir gehen davon aus, dass zum einen der politische Wille da sein muss, dass der BBF sich auch dort fremdfinanzieren darf. Zum Zweiten wird immer – egal, wer es macht und wo so eine Gesellschaft gegründet wird – in einer längeren Betrachtung die Frage der Anrechnung auf die Schuldenbremse gestellt, betrachtet und dann auch beantwortet. Sie muss dann beantwortet werden, das ist aber unabhängig davon, wo man es macht. Letztlich müssen über Verpflichtungsermächtigungen, ähnlich wie es das Parlament für Ankäufe gemacht hat, auch dafür Mittel zur Verfügung gestellt werden, denn über entsprechende Refinanzierungsmieten muss das Geld

dann wieder zurückfließen. Ich glaube, dass ich das meiste oder eigentlich alles beantwortet habe, ob zur Zufriedenheit müssten Sie mir sagen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Noch eine Nachfrage: Sie haben wirklich nur bis 10.30 Uhr Zeit? Jetzt hat die Senatorin das Wort, und ich will Sie verabschieden, falls Sie dann in fünf Minuten nicht mehr online sein sollten. Aber wenn Sie noch ein paar Minuten länger Zeit haben, dann bleiben Sie gerne.

Sven Lemiss (BIM GmbH; Geschäftsführer): Ich würde zur Not auch ein paar Minuten länger bleiben. So viel Respekt möchte ich dann dem Abgeordnetenhaus doch zollen und nicht einfach rausgehen.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen herzlichen Dank! – Dann Frau Senatorin Spranger zur Ergänzung.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Ich möchte mich den Ausführungen von Herrn Lemiss dahingehend anschließen und noch mal erneut betonen, dass mir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen sehr am Herzen liegen. Daher setze ich mich auch dafür ein, und das hat Herr Lemiss schon sehr deutlich gesagt, dass auch die Sanierung von Gebäuden voranschreitet. Dazu gehört zum Beispiel bei der Polizei die Grundinstandsetzung von Gebäuden, und einfach mal zwei Beispiele: Zum Beispiel in der Friesenstraße oder am Tempelhofer Damm oder auch jetzt – dann sind es drei Beispiele – in der Cecilienstraße.

Die Frage von Herrn Herrmann bezüglich der Anfrage, die er gestellt hat – 1,8 Milliarden Euro und 331 Millionen Euro –, hat Herr Lemiss schon beantwortet und ich auch. Das ist das Energiewendegesetz, das wir natürlich eingebaut haben. Das ist die Barrierefreiheit, und das ist natürlich die Baukostensteigerung. Daraus resultieren dann auch die Erhöhungen der Kosten. Insofern haben Sie, Herr Herrmann, in einem völlig recht: Personalgewinnung geht auch immer damit einher, dass man auch ordentliche Arbeitsbedingungen für Kolleginnen und Kollegen schafft. Deshalb habe ich gerade betont, dass mir das sehr am Herzen liegt.

Den Bodenfonds, den Herr Lemiss genannt hat, als mögliche Strukturgesellschaft muss ich mir anschauen. Die Polizeipräsidentin und ich haben uns eben angeschaut, das haben wir beide heute das erste Mal gehört. Das könnte man sich anschauen, ob das eine Struktur wäre, die nachgeordnet sein kann. Sie alle wissen, wie intensiv das besprochen worden ist bei den Schulsanierungen. Die HOWOGE hat noch mal zusätzlich die Möglichkeit erhalten, durch das Hohe Haus zusätzlich Geld in die Hand zu nehmen, um personell und natürlich auch die entsprechende Abteilung auszubauen und dann die Schulbauprojekte voranzubringen. Wie gesagt, das werde ich mir anschauen. Das habe ich heute das erste Mal gehört.

Einige Neubauvorhaben konnten aber auch schon umgesetzt werden – Herr Lemiss hat es jetzt nicht gesagt, aber ich möchte es gerne noch mal sagen –, so in diesem Jahr das neue Einsatztrainingszentrum der Polizei in der Gallwitzallee, das eine moderne Grundlage, und da ist wieder die Fragestellung von Herrn Herrmann entscheidend gewesen, für Aus- und Fortbildung bietet, und natürlich, und da waren einige Kolleginnen und Kollegen mit dabei, das neue Sicherstellungsgelände in der Cecilienstraße. Diese beiden Sachen wurden in Betrieb genommen. Außerdem steht die Baufertigstellung des zweiten Bauabschnitts beim Antiterrorzentrum des LKA kurz bevor.

Die neu errichteten Schießbahnen in der Gallwitzallee, in der Cecilienstraße und in der Charlottenburger Straße reichen allerdings noch nicht aus, auch das möchte ich hier deutlich sagen, um die benötigte Aus- und Fortbildungsressource weiter zu decken. Daher wurde insgesamt ein Sonderprogramm Einsatztrainingszentren aufgelegt, um dem entgegenzuwirken. Der Neubau einer 50-Meter-Schießbahn am Standort Ruppiner Chaussee ist bei der Finanzplanung 2023 bis 2027 mit sehr hoher Priorität von mir und meinem Haus angemeldet worden.

Für die Berliner Feuerwehr vielleicht auch noch einige konkrete Schwerpunkte: Der Neubau der BFRA ist eines der wichtigsten Vorhaben zur weiteren Umsetzung der Ausbildungsoffensive der Berliner Feuerwehr. Sie wissen, ich habe die Ausbildungsoffensive auf 500 Auszubildende erhöht. Gegenüber der letzten Wahlperiode ist das eine enorme Erhöhung. Das heißt, wir brauchen die BFRA, sehr wichtig, mit einem Standard für den Lehrbetrieb. Das Ziel der Fertigstellung, hier und auch im Stadtentwicklungsausschuss wurde es bereits gesagt, ist das Jahr 2027. Seit Oktober 2022 erfolgt die Ertüchtigung des Interimsstandortes auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel, die sogenannte Feuerwache L, damit die Feuerwache Charlottenburg-Nord generalinstandgesetzt werden kann; das ist auch eine Frage von Ihnen gewesen.

Das Engagement unserer ehrenamtlichen Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren stellt eine unabdingbare Komponente der Arbeit der Berliner Feuerwehr dar. Deshalb ist das Sondersanierungsprogramm Freiwillige Feuerwehren sehr in den Vordergrund gerückt. Dazu zählen der Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Schmöckwitz – die Fertigstellung ist für das zweite Quartal 2023 geplant –, der Feuerwehr Tegelort – Bau- und Fällgenehmigung liegen dort bereits vor –, der Freiwilligen Feuerwehr Frohnau – dort ist die Fertigstellung im vierten Quartal 2023 geplant –, der Freiwilligen Feuerwehr Wilhelmshagen – dort ist der Baubeginn im ersten Quartal 2023 geplant –, der Freiwilligen Feuerwehr Müggelheim – da haben wir die Planungen aufgenommen –, und die Sanierung der Freiwilligen Feuerwehr Oberschöneweide; dort haben wir die Fertigstellung für Ende 2024 geplant. Für die Freiwillige Feuerwehr Mahlsdorf, das hat Herr Lemiss vorhin schon gesagt, sind wir in den Verhandlungen über das neue Grundstück. Für die Freiwillige Feuerwehr Lichtenrade wurden die Planungen aufgenommen und für Niederschönhausen wurden die Planungen ebenfalls aufgenommen und stehen kurz vor Fertigstellung. Es freut mich, dass der Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Grünau im November feierlich übergeben werden konnte. Das haben wir bereits geleistet. Auch die generalisanierte Feuerwehr Ranke konnten wir im August in den Betrieb nehmen, aber wir überlegen stetig, wie das Tempo der Sanierungen noch weiter gesteigert werden kann. – Zur Gründung einer Investitionsgesellschaft habe ich bereits etwas gesagt und werde mir den Bodenfonds anschauen.

Herr Schreiber hatte noch nach neuen Wohnquartieren gefragt. Das hat Herr Lemiss bereits in seiner Antwort gesagt: Das müssen wir selbstverständlich mitdenken. Da ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Stadtentwicklungsausschuss und natürlich auch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung notwendig, aber ich denke, auch diese Planungen sind sehr im Fokus, denn es ist wichtig. Wenn Menschen neu in ein Quartier einziehen, haben sie auch ein Recht auf Sicherheit, das heißt, Polizei und Feuerwehr. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Herr Lemiss, wir haben noch Wortmeldungen, aber Sie müssen sagen, ob Sie sich verabschieden müssen oder nicht, damit ich mich auch von Ihnen verabschieden kann.

Sven Lemiss (BIM GmbH; Geschäftsführer) [zugeschaltet]: Wenn es noch wichtige Fragen gibt, die an mich gerichtet werden, würde ich noch bleiben, aber bitte maximal zehn Minuten.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Wir haben zwei weitere Wortmeldungen, als erster Herr Herrmann für die CDU-Fraktion.

Alexander Herrmann (CDU): Vielen Dank! – Dann fasse ich mich kurz. Eine kurze Nachfrage, denn da gab es, glaube ich, ein Missverständnis, an Frau Senatorin, aber gern auch an Herrn Lemiss gerichtet: Ich hatte gefragt, warum ich im April viel höhere Zahlen von Ihnen als Sanierungsstau mitgeteilt bekommen habe, als Sie jetzt vorgetragen haben. Die Antwort ist – Sie hatten es vorhin ganz kurz erwähnt, aber es jetzt doch anders dargestellt –, Sie haben die energetische Sanierung rausgenommen und sicherlich auch die Kosten zur Herstellung der Barrierefreiheit gemäß Masterplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Vor allen Dingen aber die Frage in Bezug auf das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz: Wenn Sie das rausrechnen, sind es Multimillionen, die dort weniger berücksichtigt werden. Gleichwohl sind es gesetzliche Vorgaben. Insofern sollten wir uns ehrlich machen und mit den Zahlen arbeiten, die Recht und Gesetz vorgeben. Es bringt sonst nichts. Herr Lemiss hat es richtig gesagt: Das sind Maßnahmen, die sich wechselseitig bedingen. – Das ist das Erste.

Dann hatten Sie dankenswerterweise die FF Mahlsdorf angesprochen. Dazu hatte ich mich gemeldet, weil die in keiner Liste auftaucht. Das ist eine Sondersituation, Sie haben es eben kurz dargestellt. Allerdings finde ich Ihre Antwort nicht befriedigend. Es ist jetzt ein Jahr her, da haben Sie in Ihrer Vorstellungsrunde hier im Ausschuss drei Feuerwachen der Freiwilligen Feuerwehr genannt, unter anderem die FF Mahlsdorf, und damals gesagt: Wir sind in Gesprächen –, und heute wieder. Aus vielen Anfragen weiß ich, dass es keine Gespräche gibt, wo Sie regelmäßig in einem Austausch sind, sondern man müsste mal wieder sprechen, und der Schwarze Peter wird zwischen Bezirk und Senatsverwaltung hin- und hergeschoben. Da wünsche ich mir – darauf wird es jetzt wahrscheinlich keine bessere Antwort geben –, dass das jetzt wirklich mal angegangen wird, dass man dort Lösungen schafft, um auch im Bereich der Außenstadt für entsprechende Sicherheit zu sorgen.

Dann der Bogen zum Thema Neubau: Sie sagten gerade, Sie sind in enger Abstimmung mit der Senatsverwaltung. Mich würde noch interessieren, wie Sie in der Abstimmung mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind. Ich denke zum Beispiel an das große Projekt bei uns in Marzahn-Hellersdorf „Stadtgut Hellersdorf“. 1 500 Wohnungen werden durch die GESOBAU gebaut, aber keine Rettungswache, kein RTW-Stützpunkt wurde mitgedacht. Das ist sträflich. Wenn man sich dann mit den Städtischen unterhält, sagen die mir zum Beispiel, dass es aus Ihrem Haus keine Anfragen gibt. Es muss aber koordiniert werden, damit sie auch im Zuge solcher kleineren Maßnahmen – Kollege Schreiber hat die ganz großen Projekte angedacht – mit der Senatsverwaltung im Gespräch sind. – [Tom Schreiber (SPD): Das ist die SPD! Groß denken!] – Ja, das ist okay, aber ich glaube, auch bei kleinen – 1 500 Wohnungen, das ist eine kleine Stadt in Mecklenburg-Vorpommern – sollte man das mitrechnen, wenn man es umrechnet auf Bewohner, die dann dort wohnen. – Die letzte Frage – –

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Herr Herrmann! Ich unterbreche Sie ungern, aber Herr Lemiss hat maximal noch zehn Minuten. Wir haben noch eine weitere Wortmeldung, und er soll die Fragen ja auch beantworten.

Alexander Herrmann (CDU): Die allerletzte Frage ist, wie im Zuge von Neubau gegebenenfalls auch das Thema Wohnraum für Beschäftigte beziehungsweise auch für Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr mitgedacht wird. Das wären ja noch Kosten on top. Gibt es da Gespräche? – Danke!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Herr Schreiber, und bitte kurz, damit Sie auch Antworten auf Ihre Fragen bekommen. Frau Senatorin ist weiterhin da und kann Ihre Fragen beantworten. Wir beenden den Tagesordnungspunkt noch nicht.

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Eine kurze Frage: Das Thema Anwärterwohnen hat Frau Senatorin noch nicht genannt. Da hatten wir, glaube ich, im März eine schöne Eröffnung in Spandau. Wie sieht es da aus? Gibt es weitere Planungen zum Thema Anwärterwohnen, gerade was Polizei und Feuerwehr betrifft? Das betrifft ja auch andere Bereiche. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Schreiber! – Herr Penn, Sie haben eine Nachfrage an Herrn Lemiss? Alle weiteren Fragen an Frau Senatorin machen wir danach. – Bitte!

Maik Penn (CDU): Wer auch immer von beiden Auskunft geben kann: Frau Senatorin sagte gerade, die Freiwillige Feuerwehr Wilhelmshagen soll ab Frühjahr 2023 neu gebaut werden. Nach meinem Kenntnisstand ist für Mitte 2023 erst der Bauantrag vorgesehen. Insoweit die Frage: Gibt es da Missverständnisse, oder geht dort doch irgendetwas schneller als erwartet?

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Penn! – Herr Lemiss! Sie haben das Wort.

Sven Lemiss (BIM GmbH; Geschäftsführer) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Zum Thema Sanierungsstau: Es ist tatsächlich so, Herr Abgeordneter Herrmann, dass die eine Zahl ohne die energetische Sanierung ist. Das heißt, da stecken schon energetische Anteile mit drin, aber noch nicht die, die die Erfüllung des Fahrplans Berlins betreffen. Insofern, ja, wenn die dazugerechnet werden, sind das allein 458 Millionen Euro für die Polizei und 115 Millionen Euro für die Feuerwehr. Das ist die Diskrepanz zwischen den beiden Zahlen.

Zum Thema Freiwillige Feuerwehr Mahlsdorf: Es ist tatsächlich so, dass immer, wenn irgendwo ein privater Eigentümer mit ins Spiel kommt, und hier ist es die Aroundtown/TLG, wir ein Stück weit davon abhängig sind, was dort passiert, mit welchen Themen das Ganze dort noch verbunden wird. Das kann das Land Berlin leider nicht allein entscheiden.

Das ganze Thema Beschäftigten- und Anwärterwohnen wird mitgedacht. Wir sind gerade in Untersuchungen an weiteren Standorten. Wir haben grundsätzlich Untersuchungen auf den Liegenschaften der Polizei, weil es die größeren Grundstücke sind. Da muss man aber immer ein Stück weit auch einschränken: Ja, in Teilen haben wir noch Platz, aber es gibt auch weitere Bedarfe der Berliner Polizei. Insofern ist es zum einen notwendig, dort zu prüfen, ob eventuell beides geht beziehungsweise ansonsten wieder eine Priorisierung vorzunehmen. Aber das Thema ist auf der Tagesordnung, und wir untersuchen gerade weitere Standorte. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, und auch vielen Dank, dass Sie heute hier waren. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag! – Zur weiteren Beantwortung der Fragen – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Auch von meiner Seite herzlichen Dank, Herr Lemiss! Wir sehen uns sehr zeitnah. – Herr Herrmann! Sie waren draußen, als ich diese 1,8 Milliarden Euro und 331 Millionen Euro erläutert habe. Die erste Zahl, die ich vorhin gesagt habe, ist ohne, und dann habe ich vorhin ausgeführt, dass mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen, was die Barrierefreiheit betrifft und so weiter – das muss man heutzutage mit einrechnen –, wir auf 1,8 Milliarden Euro und 331 Millionen Euro kommen. Ich habe mir auch im Vorfeld relativ schnell ausgerechnet, was diese Differenz bedeutet. Das sind alles Gesetze, die wir einzuhalten haben. Beispielsweise hat das Hohe Haus in der letzten Wahlperiode das Energiewendegesetz beschlossen. Das heißt, wir haben hier Gesetzmäßigkeiten, die wir einfach zu beachten haben. In den jetzigen Diskussionen, was es heißt, klimagerecht zu bauen und so weiter, muss man das auch beachten. Das heißt, gerade wenn wir Sanierungen oder Neubau vornehmen, muss man das auf den neuesten Standard bringen. Das ist kein Goldstandard, aber es ist Standard. Den muss man machen, um den Gesetzen, die ein Land erlassen hat, beziehungsweise der Bund und auch die EU, Rechnung zu tragen. Das habe ich noch mal erklärt, Herr Herrmann. Sie waren, wie gesagt, vorhin draußen. Aber ich tue es gern noch mal.

Mahlsdorf: Sie haben völlig recht. Ich ärgere mich genauso. Sie wissen, dass auch ich aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf komme. Herr Lehmann sitzt auch hier; es sitzen noch einige hier, die die Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr in Mahlsdorf sehr gut kennen. Dass wir dort etwas tun müssen, steht völlig außer Frage, aber Herr Lemiss hat es schon gesagt: Die Gespräche ziehen sich sehr zäh hin. Das muss man leider sagen. Der Private hat enorme Forderungen an das Bezirksamt und damit natürlich an uns als Land. Ich hoffe sehr, dass wir nicht nur zu Gesprächen, sondern auch zur Einigung kommen, denn man könnte auf dem Gelände, das ja allen bekannt ist, eine sehr gute Feuerwache hinstellen.

Was Sie als Nächstes gesagt haben, Wohnraum zu schaffen, der sehr nah ist: Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum selbstverständlich auch für die Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehren und der Polizei. Das Anwärterwohnen ist eine Sache, die wir uns in der jetzigen Legislaturperiode sehr enorm auf die Fahnen geschrieben haben. Die ersten Sachen sind bereits entstanden. Herr Lemiss hat es gesagt: Wir prüfen, welche Möglichkeiten wir weiter haben, Lichtenberg und so weiter. Dort sind wir im Übrigen auch im sehr engen Austausch mit den Wohnungsbaugesellschaften und selbstverständlich auch mit den Bezirksamtern, denn wir brauchen Flächen, wo wir Anwärterwohnen draufbringen. Auch das gehört dazu, um Personalgewinnung zu machen. Beim Anwärterwohnen ist es so, das haben wir gesehen: Wir haben kleine Apartments. Die sind für Polizei, Feuerwehr und im Übrigen auch für Justiz. Um jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, nicht nur ihre Bewerbung abzugeben, sondern auch nach Berlin zu kommen, brauchen wir so etwas, und da sind wir im Gespräch zum Beispiel auch mit der Berlinovo, die nicht nur studentische Wohnungen zur Verfügung stellt, sondern wir sind auch dort in Gesprächen für Anwärterwohnraum, denn wir brauchen dringend mehr Personal. Ich habe vorhin gesagt, dass ich bei der Feuerwehr die Einstellungszahlen enorm erhöht habe. Das bedeutet aber, dass wir natürlich auch von außerhalb, nicht nur aus Berlin, gern junge Menschen aktivieren wollen, und dazu gehört das eben.

Für die Feuerwehr insgesamt gilt: Um an Einsatzlagen zu kommen, muss die Wohnung innerhalb eines gewissen Radius sein. Ich habe bereits in der letzten Wahlperiode, als ich selbst noch bau- und mietenpolitische Sprecherin war, mit Wohnungsbaugesellschaften darüber gesprochen, im Übrigen auch mit Wohnungsbaugesellschaften, die in Marzahn-Hellersdorf ansässig sind, um sicherzustellen, dass man, wenn neu gebaut wird, eine gewisse Anzahl an Wohnungen für Feuerwehr und Polizei zur Verfügung stellt. Sie wissen, wie schnell Feuerwehrleute in ihrer Wache sein müssen, und das liegt mir sehr am Herzen. Das heißt, ich und mein Haus stehen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und mit den Wohnungsbaugesellschaften in Kontakt. – Die Fragen von Herrn Schreiber hat Herr Lemiss alle beantwortet, wenn ich es richtig sehe.

Wilhelmshagen: Ja, Baubeginn ist erstes Quartal 2023. So ist das mir bekannt gegeben worden, und so sage ich das jetzt hier auch. Mir sind keine anderen Zahlen bekannt. – [Weiteres: Siehe Punkt 10 der Tagesordnung] –

Wir haben vorhin darüber gesprochen, und ich habe es auch hier sehr deutlich gesagt: Ich bin in den Aufsichtsrat der BIM reingegangen, um den Schwerpunkt anders zu verlagern, und zwar dorthin, wo er jetzt verdammt hingehört, und zwar zur Sanierung und zu Neubauvorhaben der Polizei und der Feuerwehr. Der größte Anteil der Gebäude, die im Portfolio der BIM sind, sind Gebäude der Polizei und der Feuerwehr. Die Schwerpunktsetzung, so hat es Herr Lemiss noch mal zum Ausdruck gebracht, liegt jetzt auf diesen Gebäuden. Wir liegen mittlerweile bei 1,8 Milliarden Euro und 331 Millionen Euro, und wir werden es nur mithilfe des Hohen Hauses schaffen, dass wir zusätzlich wieder Geld in den nächsten Doppelhaushalt hineinbekommen, und mit so einer Strukturgesellschaft, die das dann übernimmt. Ob das der Bodenfonds ist, muss man sich anschauen – da werde ich mit der Senatsverwaltung für Finanzen, wie gesagt, ins Gespräch gehen –, oder eine andere Form: Wir müssen auf alle Fälle dort etwas machen. Das hat die Koalition schon im Koalitionsvertrag kundgetan, und das muss auch passieren. Sie können sich bei all dem, was ich gerade gesagt habe, vorstellen: Die Stadt wächst, wir werden noch mehr Standorte brauchen. Zu einer wachsenden Stadt gehört aber auch, dass die Arbeitsbedingungen für diejenigen, die hier arbeiten, ordentlich sind. Ich weiß, dass das nicht innerhalb der nächsten Jahre in dieser Wahlperiode zu stemmen ist, aber wir müssen endlich damit anfangen. Das ist in den letzten Wahlperioden nicht der Fall gewesen. Bei mir hat es oberste Priorität. Deshalb bin ich selbst in den Aufsichtsrat gegangen. Ich bin die erste Innensenatorin, die in diesen Aufsichtsrat reingegangen ist. Klar, es ist immer schwer, anderen Projekten etwas wegzunehmen, aber ich glaube, hier im Innenausschuss sind wir uns sehr einig darüber, dass dieses Wegnehmen zugunsten der Polizei und der Feuerwehr genau der richtige Weg ist. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb gehe ich davon aus, dass alle Fragen beantwortet sind und komme jetzt zur Abstimmung. Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/0476: „Ein zukunftsfähiges Sanierungskonzept für die Polizeiabschnitte und Feuerwachen“: Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die FDP-, die AfD- und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Entsprechend gibt es keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt. – Wir kommen zum Ergebnis des Tagesordnungspunktes 2 b. Wird der Besprechungspunkt abgeschlossen oder vertagt? – Vertagung, bis das Protokoll vorliegt.

Dann rufe ich auf

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0071](#)
Abschlussbericht Sichtungskommission InnSichO
Ausgleichsfonds
(auf Antrag aller Fraktionen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0072](#)
Update zur Schießstand – Affäre InnSichO
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Die Senatsverwaltung hat pro Fraktion ein Papierexemplar des Abschlussberichts der Sichtungskommission Ausgleichsfonds übermittelt, welches Ihnen durch das Ausschussbüro übermittelt wurde. Die digitale Fassung ist Ihnen ebenfalls durch das Ausschussbüro übersandt worden. Für die Sichtungskommission Ausgleichsfonds begrüße ich Herrn Bernd Manthey. Herzlich willkommen hier bei uns! – Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Tagesordnungspunkt 3 a gewünscht? – Herr Lux, Sie haben das Wort!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns darauf verständigt, dass ich für die Koalitionsfraktionen diesen Besprechungspunkt begründen darf. Vielen Dank dafür! Es war auch diese Koalition, die sich bereits 2018 entschlossen hat, die erkrankten Schießtrainer über geltendes Recht hinaus zu entschädigen, weil wir sehr viele Anhaltspunkte dafür hatten, dass im Prinzip seit den Neunzigerjahren und danach unter arbeitsrechtswidrigen und gesundheitsgefährdenden Bedingungen an den Berliner Schießständen geschossen wurde und ein erheblicher Teil der Vielschieser erkrankt ist, viele später teils schwer oder teils gesundheitsgefährdend erkrankt sind. Das sieht man in der Folge: Nachdem wir uns entschlossen hatten, gab es einen Erlass des damaligen Innensensors Andreas Geisel, auf Grundlage dessen 750 Dienstkräfte einen Antrag gestellt haben. Wir hatten damals die Vorstellung, dass dann nachhaltig befriedet wird, haben uns hier im Parlament dafür eingesetzt, dass es Entschädigungssummen gibt, konnten das bei den Haushaltsberatungen gemeinsam – vielen Dank noch mal an Tom Schreiber und Niklas Schrader! – durchsetzen und haben uns ein bisschen darauf verlassen, das muss man jetzt selbstkritisch sagen, dass die Bewertungskommission, die daraufhin eingesetzt worden ist, ihre Arbeit so gut macht, dass es möglichst wenige – das ist bei so einem Sachverhalt schwierig – Beschwerden gibt. Nun ist es so, dass sich, wenn man Ihren Bericht liest – dafür vielen Dank, Herr Manthey! –, im Prinzip alle beschwert haben beziehungsweise alle, die sich beschwert haben, sich Ihrer Auffassung nach begründet beschwert haben. Insofern war klar, auch aufgrund der vielen Äußerungen, die wir in dem Zeitraum 2018, 2019 hatten, dass wir korrigieren müssen. Das hat die Sichtungskommission nun in diesem Bericht getan beziehungsweise eine gute Grundlage dafür vorgelegt.

Mein Verfahrensvorschlag wäre, dass wir diesen Bericht heute anberaten, da aber noch letzte Gespräche, so, wie ich den Senat verstanden habe, ausstehen, wir diesen dann aber formal vertagen und vielleicht ein zweites Mal aufrufen werden.

Ich möchte heute vor allen Dingen Ihnen, Herr Manthey, stellvertretend für die ganze Sichtungskommission mit Michael Böhl, Petra Klein und Ralf Heilmann meine Wertschätzung aussprechen, ich denke, im Namen des ganzen Hauses, denn ohne Ihre Arbeit wären wir heute weit davon entfernt, diesen Konflikt friedlich zu lösen. Wenn man sich Ihren Bericht anschaut, sieht man etliche Punkte, bei denen es begründetermaßen zu Beschwerden und Einwänden kommt. Ich will die jetzt nicht alle zitieren, der Bericht liegt den Kollegen vor. Ich würde Sie bitten, vielleicht noch auf ein paar Punkte einzugehen. Ich sehe einen Schwerpunkt in dem Bericht, das ist der letzte Punkt: keine ausreichende Berücksichtigung der Dauer und Intensität der individuellen Schießbelastung –, denn das war einer, der uns hier als Abgeordneten der Koalitionsfraktionen äußerst wichtig war, denn der Befund ist, dass die Verwaltungsgerichte bei den erkrankten Kolleginnen und Kollegen überwiegend keine Dienstunfälle anerkannt haben. Wir haben aber als Land Berlin gesagt, dass diese Zustände in den Trainingsstätten absolut nicht in Ordnung waren. Es wurde zu viel und zu lange geschossen, da funktionierte die Lüftung nicht, die sind in den Rauch gegangen et cetera. Man hat auch im Laufe der Zeit festgestellt, wie gefährlich die dort verschossene Munition ist. Auch das sind Erkenntnisse, die man hier festhalten muss. Gerade deswegen haben wir im Erlass darauf hingewirkt, dass der Senator auch Dauer und Intensität der individuellen Schießbelastung, die sogenannten Standzeiten, festschreibt. Mich würde interessieren, wie es dazu kam, dass diese im Bericht der Bewertungskommission nicht aufgefasst worden sind, ob sich das noch ermitteln lässt, oder ob einfach die Kontrolle sowohl seitens der Senatsinnenverwaltung als auch die Kontrolle des Parlaments schlecht war, denn das war mit unser Baby, eine schwierige Geburt. Dass so ein wichtiger Fakt nicht berücksichtigt wird, ist schwierig.

Ich denke, nach Ihrem Bericht kann man den Blick nach vorn werfen, weit überwiegend positiv – wenn man das so sagen kann, weil viele Kollegen noch mit ihren Erkrankungen zu kämpfen haben –, im Sinne einer Korrektur schlechten staatlichen Handelns mit Ihrer Hilfe, und ich denke, dass wir zu einem halbwegs guten Ergebnis kommen. Wir müssen schauen, inwiefern wir die Jahre 2018, 2019, die bisschen vergebens waren, weil der Erlass nicht gut umgesetzt worden ist, haushälterisch abbilden. Ich bin aber guten Mutes, dass wir das über die nächsten Jahre schaffen.

Ich würde mir wünschen, ich weiß nicht, wie oft ich den Wunsch hier noch äußern kann, dass die Gesundheit unserer Einsatzkräfte das höchste Gut bleibt; dass bei der politischen Führung, bei der Polizeipräsidentin – Sie waren selbst für lange Jahre Inspektionsleiter der Bereitschaftspolizei, deswegen werden Sie das aus eigener Anschauung besser kennen als ich, der immer quer darauf schaut – und auf allen Ebenen die Gesundheit unserer Einsatzkräfte das höchste Gut bleibt. Natürlich hat die Spitze eine sehr hohe Fürsorge, aber auch die mittleren Führungsebenen. Wenn man sich die Akten zu den Schießständen anguckt, sieht man, dass auf vielen Ebenen nicht richtig gehandelt worden ist und dass das Berufsbild von Einsatzkräften auch eines ist, das die Gesundheit bei sich selbst höchsten schützt. Das gilt auch für einzelne Einsatzkräfte, die auch eine Verantwortung haben, wenn sie zu lange in den Rauch gehen. Wir sehen das auch an Fragen, die wir gerade eben zur Zukunftsfähigkeit unserer Polizeiliegenschaften diskutiert haben, die auch ab einer bestimmten Stelle gesundheitsgefährdend sind. Dass wir nach all den Jahren dieser harten Arbeit hierauf einen größeren Schwerpunkt legen, wünsche ich mir.

Zweitens habe ich die Frage an Sie, vielleicht können Sie etwas dazu sagen, weil das nicht Bestandteil Ihres Berichts ist, inwiefern es bundesweit eine Debatte mit Leuten, die viel schießen, gibt, da nicht nur in Berlin Schießständen marode sind, da Munition nicht nur in Berlin gefährlich ist, wenn sie auf eine bestimmte Weise verschossen wird, und andere Einsatzkräfte, die nicht nur in Berlin sind, von Ihrer Arbeit und unseren Rahmenbedingungen vielleicht ein Stück weit profitieren können. – Danke!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Lux! – Zur Begründung des Besprechungsbedarfes zu Tagesordnungspunkt 3 b – Herr Jotzo für die FDP-Fraktion!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von unserer Seite gebührt der Dank der Sichtungskommission, die viel wichtige Arbeit zu leisten hatte, denn es sind viele Betroffene, die sich ungerecht behandelt gefühlt haben und die sich, wie man jetzt sieht, zu Recht ungerecht behandelt gefühlt haben, denn von den 178 geprüften Vorgängen wurde kein einziger Fall beanstandungsfrei festgestellt. Das ist etwas, wo wir uns als Parlament fragen müssen, inwieweit die Verwaltung den Anforderungen, die man an sie stellen muss, gerecht geworden ist. Die vielen Jahre und Jahrzehnte, muss man mittlerweile schon sagen, die Menschen, die gefährlichen Stoffen exponiert waren, ihrem guten Recht hinterhergelaufen sind, sind ein Punkt, den wir als Vertreterinnen und Vertreter in diesem Haus nicht außer Betracht lassen dürfen. Deswegen ist es gut, das möchte ich dem Senat zugutehalten und auch der Koalition, dass man den Weg gegangen ist, diese Vorgänge mit einer nochmaligen Sichtung aufzuarbeiten; das Ergebnis wird Herr Manthey gleich vorstellen.

Die Frage, die sich uns im weiteren Verlauf stellt, ist: Wie gehen wir mit diesen Ergebnissen um? Wie geht das Land Berlin mit diesen Ergebnissen um? Schaffen wir für die Betroffenen zentrale Ansprechstellen? Wie setzen wir die Empfehlungen der Sichtungskommission letztlich um, stellen Transparenz und endlich Gleichbehandlung her? Und wie gehen wir gegebenenfalls mit den Fällen um, die exponiert waren, aber sich bisher noch nicht an das Haus beziehungsweise an die Senatsverwaltung gewandt haben? – All das sind Fragen, die zu beantworten sind. Ich denke, dass wichtige Vorarbeiten durch die Sichtungskommission geleistet worden sind, was sicher sehr mühevoll war, aber sehr mühevoll war auch der Weg der Betroffenen, die jahrelang mit uns diesen Weg gegangen sind. Ich hoffe, dass die Arbeit der Sichtungskommission und auch die Schlussfolgerungen der Senatsverwaltung dazu beitragen werden, dass ein Rechtsfrieden geschaffen wird, aber auch eine Gerechtigkeit an dieser Stelle, denn es sind Menschen gewesen, die für uns alle und für das Land Berlin diese Mühen und diese Krankheit auf sich genommen haben. Das sollten wir an dieser Stelle nicht vergessen.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Jotzo! – Nun kommen wir zur einleitenden Stellungnahme des Senats. – Frau Senatorin!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Herzlichen Dank! – Ich habe zuletzt in der Ausschusssitzung am 14. November schon eine Einschätzung dazu gegeben. Mir ist es sehr wichtig, dass diejenigen, die über Jahre dort geschossen haben, das als Ausgleich bekommen, was ihnen zusteht. Es ist schlimm genug, dass das über Jahre unterschätzt worden ist, und deshalb habe auch ich sehr klar gesagt, dass wir eine Entschädigungsleistung zusätzlich machen müssen. Wir haben bereits 3,4 Millionen Euro ausgegeben. Das war nach der Bewertungskommission, aber die Sichtungskommission hat in ihrem Abschlussbericht acht Beanstandungskategorien, und das wird nachher mit Sicherheit noch angesprochen werden, dargestellt: dass es

keine Gleichbehandlung trotz vergleichbarer Erkrankungen gab, dass die Nachreichung von Attesten, beispielsweise nach dem Fristablauf 30. Juni 2018, nicht berücksichtigt wurde, die Nichtaufnahme erneuter Überprüfungen nach Arbeitsende der BWK, Neuerkrankungen nach Fristablauf, die Begründung der Entscheidung: Passt nicht zum Fall –, Ungleichbehandlung der Fälle bei Nichtnennung von Akutsymptomen, Nichtberücksichtigung der Angaben von Dienstunfall trotz vorliegender Akte und achtens, keine ausreichende Berücksichtigung der Dauer und Intensität der individuellen Schießbelastung.

Eines darf ich noch mal sagen, was mich gewundert hat, denn in der Bewertungskommission waren auch zwei Ärzte: Wenn man sich anschaut, welche Beanstandungskategorien im Abschlussbericht der Sichtungskommission, der Ihnen allen vorliegt, trotzdem noch drinstehen, kann man darüber schon etwas nachdenken.

Ich möchte hier sagen: Wir haben uns in diesem Haushaltsjahr – dafür bin ich dem Abgeordnetenhaus sehr dankbar, Herr Lux hat es vorhin schon gesagt – bereits darauf verständigt, 30 Personen noch in diesem Jahr zu entschädigen. Das läuft; das heißt, das Geld, das Sie für dieses Jahr zur Verfügung gestellt haben, wird den Personen auch ausgezahlt. Wir haben einen Titel „Fürsorgeleistungen“. Dieser Titel ist mit der benannten Summe belegt. Wir sind in sehr guten Gesprächen mit den Gewerkschaften und B.I.S.S. e. V. übereingekommen, dass diese 30 Personen jetzt als Erste entschädigt werden. Die weiteren Gespräche, das hat Herr Lux auch schon gesagt, deshalb bitte ich um entsprechende Verschiebung, laufen zurzeit noch. Ich habe mir diesen Abschlussbericht der Sichtungskommission sehr genau angeschaut und muss sagen, dass wir für die Fälle, die den Anspruch laut Sichtungskommission haben, entsprechend handeln müssen. Wir haben eine Fürsorgepflicht, und diese Fürsorgepflicht, dazu stehe ich als Innensenatorin, muss wahrgenommen werden. Das ist leider in den vorangegangenen Jahren durch die Bewertungskommission anders bewertet worden. Ich bin sehr dankbar dafür, dass das Hohe Haus noch in der letzten Wahlperiode diese Sichtungskommission eingesetzt hat.

Die Sichtungskommission hatte den Auftrag, die Entscheidung der Bewertungskommission noch mal zu überprüfen. Insgesamt waren es 786 Anträge. Davon wurden 491 positiv und 295 negativ beschieden. Die Sichtungskommission hat sich das alles noch mal angeschaut, weil, das kann man verstehen, dagegen Beschwerde beziehungsweise Widerspruch eingelegt wurde. 178 Dienstkräfte haben sich mit diesem Verfahren einverstanden erklärt. Die Ergebnisse der Sichtung sind durch die Sichtungskommission in ihrem Abschlussbericht zusammengefasst worden. Ich bin der Sichtungskommission sehr dankbar, dass sie das alles aufgedeckt hat, denn diese acht Punkte sind sehr schwerwiegend. Deshalb kommen wir, glaube ich, in naher Zukunft zu sehr guten weiteren Gesprächen und werden uns entsprechend verständigen, sodass die Kolleginnen und Kollegen alle zu ihrem Recht kommen. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Bevor ich Herrn Manthey das Wort gebe, brauche ich das Einvernehmen, ob der Ausschuss ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt wünscht. – Ich sehe nur Kopfnicken, also ist Einvernehmen hergestellt. – Herr Manthey! Sie haben das Wort.

Bernd Manthey (Sichtungskommission): Frau Vorsitzende! Frau Senatorin! Sehr verehrte Abgeordnete! Herzlichen Dank, dass wir als Sichtungskommission die Gelegenheit haben, vor dem Hohen Hause, vor dem Innenausschuss, vorzutragen! Wenn ich sage „wir“, dann

stehe ich hier vertretend für unsere vier Mitglieder dieser Sichtungskommission. Das sind Frau Petra Klein – Herr Lux hat es schon erwähnt –, Herr Böhl und Herr Heilmann. Alle drei sind pensionierte Kriminalbeamte, beziehungsweise ist Frau Klein tätige Rechtsanwältin in Strafrechtsverfahren. Zu meiner Person ganz kurz: Ich bin 32 Jahre lang bei der Berliner Polizei gewesen, zum Schluss Stabschef bei Herrn Saberschinsky, und bin dann übergewechselt zum Bundesinnenministerium und habe dort das Amt und die Funktion des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder wahrgenommen.

Als wir gefragt worden sind nach der langen, aber teilweise auch kurzen Arbeit der Bewertungskommission mit den Auswirkungen, die wir dann in dieser Polizei vergegenwärtigen mussten, haben wir uns entschlossen, uns das zum Wohle der betroffenen Kollegen – Frau Senatorin hat es gerade angesprochen, 786 insgesamt, die in das Verfahren der Bewertungskommission einbezogen worden sind – noch mal anzugucken, zumal alle Berufsorganisationen und Gewerkschaften, insbesondere aber auch Petitionsausschüsse und andere Gremien des Parlaments, aber auch der Behörde, mit Beschwerden bombardiert worden sind, nachdem die Bewertungskommission ihre Arbeit Ende 2018 abgeschlossen hatte. Von den 786 – Frau Senatorin hat es erwähnt – sind rund 250 Beschwerden übrig geblieben, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann, zeigte es doch schon damals, dass mit dem Verfahren der Bewertungskommission viele Kollegen nicht einverstanden waren, insbesondere aus dem Grund, und das will ich alles allen noch mal vor Augen führen, dass die Grundlage dieser Ausgleichszahlungen, die letztlich nicht nur dem Leid und den widrigen Umständen der Betroffenen Rechnung tragen sollten, von Verhältnissen, denen sie jahrzehntelang ausgesetzt waren, dass nicht nur diese Ausgleichszahlungen dazu dienen sollten, das Thema insbesondere im Rahmen der Wertschätzung dieser 786 Kollegen wirklich anzugehen und zu behandeln, die Kollegen als Individuen, als Einzelfälle zu behandeln. Das hat sich in dem Erlass zum Ausgleichsfonds Schießanlagen niedergeschlagen. Wir sind angetreten, nachdem der damalige Innensenator, Herr Geisel, uns in einer Auftaktsitzung im April des letzten Jahres alle zusammengeholt hat. Insbesondere mit dem B.I.S.S. e. V. – das ist die Interessengemeinschaft der betroffenen Kollegen, die sich schon über viele Jahre gebildet hatte und die die Interessen der Kollegenschaft vertritt –, aber auch allen anderen haben uns wir zusammengesetzt, und im Versprechen, vernünftige Arbeit zum Wohle der betroffenen Kollegen zu leisten und sich endlich dieses Themas inhaltlich nach vorn schauend anzunehmen, um nach Lösungen zu suchen, sind wir an die Arbeit gegangen.

Ich darf Ihnen hier vermitteln, dass wir zunächst einmal ein Quellenstudium gemacht haben und uns die Grundlagen dieses Verfahrens vergegenwärtigen wollten und mussten, weil das die Grundlage der Bewertung für diese ganzen Fälle war. Das Einzige, was wir gefunden haben, waren auf zwei oder drei Seiten Einstufungskategorien der Bewertungskommission, die in sehr kurzer knapper Form Gesundheitszustände beschrieben haben. Das ging von 0 Euro bis zu maximal 80 000 Euro Ausgleichszahlung, eingeteilt in Kategorien, die unterlegt waren mit schlichten Vokabeln und Begriffen, ohne in irgendeiner Weise den Nachweis zu führen, wie man in der Gesundheitsbewertung zu dieser Kategorie gekommen ist und was individuell für den einzelnen betroffenen Kollegen und die einzelne betroffene Kollegin gültig bewertet worden ist. Ich muss hier ganz offen sagen: Weiterführende Erläuterungen, die uns hilfreich hätten sein können, um im Rahmen der Sichtung dieser Beschwerdefälle jeden einzelnen Fall noch mal zu überprüfen, sind uns leider verborgen geblieben. Wir haben uns selbst bemüht, mit der damaligen Vorsitzenden der Bewertungskommission, Frau Paulat, ein Gespräch zu führen und auch Unterlagen zu erbitten, dass wir wertneutral und objektiv hätten das alles

nachvollziehen können. Das ist uns nicht möglich gewesen. Das heißt, wir haben schlicht nur diese wenigen, sehr fragmentarischen Unterlagen bekommen, und das war es dann auch.

Dann haben wir uns über die Polizeibehörde, auch über die Innenverwaltung bemüht: Nachdem wir die Akten von 178 Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt bekommen haben, die sich beschwert hatten und die sich diesem Verfahren der Sichtungskommission aus datenschutzrechtlichen Gründen auch schriftlich unterworfen und ihr Einverständnis zu diesem Verfahren erklärt hatten, haben wir uns diese Unterlagen angesehen. Wir sind vier Kolleginnen und Kollegen. Wir haben uns die 178 Fälle aufgeteilt, jeder hat zwischen 40 und 50 Fälle in die Hand genommen. Die Innenverwaltung hat uns freundlicherweise gemeinsam mit der Polizeibehörde jede Unterstützung gegeben, nicht nur räumlich, sondern auch technisch. Wir sind angebunden worden an das digitale Verfahren im Rahmen der Computerbearbeitung. Es ist klar: Wir mussten im Grunde genommen Einsicht in alle Akten nehmen, obwohl wir nur die 178 Beschwerdefälle bekommen haben, gleichwohl aber zumindest auch die digitalen Auflistungen aller Betroffenen.

Wir sind dann rangegangen und haben mit Vorgabe des Herrn Staatssekretärs Akmann, der uns im Juli des letzten Jahres zu einer Arbeitssitzung zusammengeholt hat, gemeinsam entschieden, dass Vertreter des B.I.S.S. von Anfang an jeweils bei den Besprechungen dabei waren; nicht bei unseren Arbeitssitzungen, nicht bei unseren privaten Arbeitstagen, die wir bei der Sichtung im Dienstgebäude in Treptow vorgenommen haben, da natürlich nicht. Wir haben uns aber immer im Plenum gemeinsam mit der Innenverwaltung über Zwischenschritte oder Verfahrensschritte oder auch erste Eindrücke ausgetauscht. Dabei wurde uns sehr schnell deutlich, dass, wie gesagt, diese Grundtendenz der Bewertungskommission, uns überhaupt keine Dinge hinterlassen zu haben, auf die man sich letztlich vergleichend berufen könnte, den Schwerpunkt unserer ersten Wochen und Monate bildete; sich selbst überhaupt in diese Systematik einzulesen und das zu finden, immer mit Blick auf die Frage, dass wir das vernünftig, und zwar individuell machen. Es ist ja nicht so, dass die 780 ein Paket darstellen, sondern das sind 780 Kolleginnen und Kollegen, die auf unterschiedlichsten Wegen an die Behörde herangetreten sind, teilweise mit Klagen, die teilweise noch offen sind. Dazu vielleicht die Bemerkung, dass die offenen Klagen im Rahmen der Berufung dieser Sichtungskommission in der Weiterbehandlung erst mal hintenangestellt worden sind, weil alle auf unseren Bericht gewartet haben oder warten werden, nach den Ergebnissen, die wir für die betroffenen Kollegen umsetzen werden.

Wir sind rangegangen und haben uns – wir vier – vor allen Dingen eine wichtige Maxime gegeben, nämlich: Wir wollen mit unserer Arbeit, und zwar bis heute, und das wird auch nachvollziehbar sein, endlich nach dem Motto: Gerechtigkeit für alle –, insbesondere Transparenz für alle herstellen. Denn die Kollegenschaft, die große Polizeifamilie, hat über diese Jahre über die Verfahren, die Bewertungen und Ergebnisse immer offen diskutiert. Das eine waren die vielen Emotionen, die bis zum heutigen Tage in dieser Interessengemeinschaft drin sind, wir haben aber auf der anderen Seite mit den klaren Fakten und Ergebnissen umzugehen. Diese beiden Dinge versuchen wir auch in der Zukunft mit unseren Vorschlägen miteinander zu verbinden. Wir wollen endlich dieses Thema befrieden. Zweitens wollen wir die Arbeit der Kollegen, die unter diesen Umständen arbeiten mussten, wertschätzen in der Form, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt und insbesondere, dass die Frage der Gleichbehandlung aller Betroffenen für uns im Vordergrund stand. Das waren unsere Maximen, und wenn ich dabei bin, darf ich gleich auf den entscheidenden Faktor hinweisen: Das ist nämlich der Erlass

zum Ausgleichsfonds Schießanlagen von der Senatsinnenverwaltung aus dem Jahr 2018. Da sind wir sehr schnell, nachdem wir die ersten Akten, insbesondere aber die Beschwerdebriefe dieser 178 mit den Begründungen gelesen haben, auf die Grundlage gekommen. Ich will es hier zitieren. In dem Erlass der Senatsinnenverwaltung 7.1. steht: Die Bewertungskommission sollte „frei“ entscheiden und „unabhängig“ über die Höhe einer Einmalzahlung – das war völlig klar –, aber jetzt kommt der entscheidende Satz:

Dabei berücksichtigt sie insbesondere die Häufigkeit der Dienstausbübung auf den entsprechenden Schießanlagen und die Art und Schwere der geltend gemachten Gesundheitsstörung.

Das war für uns der entscheidende Punkt in der Durchsicht der Beschwerdefälle und in den Begründungen der Bewertungskommission.

Wenn ich hier kurz anmerken darf: Uns vieren erschien das Verfahren in der Bewertungskommission insgesamt sehr formalisiert abgelaufen zu sein, auch in der Erarbeitung der Unterlagen dafür, und von Anfang an fehlte uns die individuelle Berücksichtigung des jeweiligen Einzelfalls, dass man darauf eingegangen wäre. Ich will sagen und unterstreichen, dass dann bei der Entscheidung der Bewertungskommission, und das hat sich dann auch herumgesprochen, 786 Fälle in drei Tagen entschieden wurden; natürlich nach Sichtung und sicherlich Vorarbeit, alles richtig und korrekt, aber allein dieses Verfahren – – Wenn man dann in die schriftlichen Entscheidungsunterlagen eines jeden Betroffenen geguckt hat, fanden wir immer pauschalisierte Begründungen, warum man 3 000 Euro, 10 000 Euro oder 30 000 Euro bekommen hat. Ganz selten fanden wir individuelle Begründungen, die den Einzelfall beschreiben, die auf die Beschwerden, auf die Gesundheitsschädigung und auf all das eingegangen wären. Wir haben von Anfang an bemängelt, dass damit schon ein gewisser Unfrieden, aber auch eine Betroffenheit bei den Kolleginnen und Kollegen entstanden ist, weil sie merkten, dass man auf ihre Belange so nicht eingegangen ist. Deswegen – Frau Senatorin hat sie genannt, ich will sie nicht wiederholen – haben wir uns den Maßstab unserer Arbeit so gesetzt, dass wir selbst acht Kategorien erarbeitet haben, wo wir aus dem Verfahren der Bewertungskommission gesagt haben: Nach unseren Vorschlägen hätte man so vorgehen müssen, oder wir müssen die Arbeit der Bewertungskommission mit diesen acht Kriterien überdecken –, weil wir nur darin die Chance sahen, zu Gleichbehandlung, Transparenz und Gerechtigkeit zu kommen.

Wir haben dann unsere Arbeit abgeschlossen. Der Bericht liegt Ihnen allen vor. Wir haben nicht nur aufgearbeitet, sondern wir haben uns bemüht, auch praktische Vorschläge zu machen, wie man in der Zukunft dieses Thema endlich für alle Betroffenen befrieden kann, denn es kann nicht sein, dass eine Polizeibehörde mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jeden Tag in der Brenne steht, jeden Tag solchen Dingen ausgesetzt war, und die Art der Fürsorge für den einzelnen Kollegen und für die einzelne Kollegin lässt dann zu wünschen übrig, wenn irgendetwas nicht so läuft. Das kann so nicht sein, und deswegen haben wir uns gesagt: Lasst uns das alles noch mal so überarbeiten. Die Ergebnisse – Sie haben völlig recht, Frau Senatorin, aber auch die Betroffenen – waren so, dass dieser ganze Vorgang, sagen wir mal, mit wenig Augenmaß und mit wenig Eingehen auf individuelle Beschwerden leider sehr formalisiert abgearbeitet worden ist.

Im Ergebnis haben wir nach dem Abschluss unserer Arbeit gesagt, dass wir der Senatsverwaltung für Inneres auch nach Abschluss unserer Arbeit weiterhin beratend zur Verfügung stehen. Das machen wir gern. Wir haben auch schon drei oder vier Sitzungen gemeinsam gehabt. Natürlich muss man überlegen: Es sind so viele Emotionen in diesem Verfahren drin, dass wir, alle Beteiligte, uns immer bemühen müssen, nach Kompromissen zu suchen, wie wir jetzt weiter verfahren können. Das eine sind Haushaltsmittel. Es ist letztlich die Endstufe der Arbeit, dass man Ausgleichszahlungen angemessen und der Situation entsprechend aufteilen kann. Das andere ist aber, sich wirklich zu einem Verfahren zu entschließen, dass jetzt alle 780 Betroffenen mitbekommen, dass wir uns der Sache noch mal anders angenommen haben und sie merken, dass wir uns transparent und – wichtig! – unter dem Motto Gleichbehandlung jeden einzelnen Fall noch mal angesehen haben.

Eigentlich ist es ein vernichtendes Urteil, wenn wir zu dem Entschluss gekommen sind zu sagen: Weil der Erlass in seiner effektiven und wichtigen Ziffer 7 überhaupt gar nicht oder nur ansatzweise berücksichtigt worden ist, haben alle Betroffenen das Recht, dass diesem Grundsatz Rechnung getragen wird: Je nach Länge der Verwendungsdauer in maroden Schießständen muss individuell jeder Fall noch mal in die Hand genommen werden. – Das ist das eine. Das andere sind die Krankheitsfälle, die sich ergeben haben, bis hin zu schwersten Krebserkrankungen und Todesfällen. Wir haben schon während unserer Arbeit zwei Extremfälle der Senatsinnenverwaltung rübergereicht, mit der herzlichen Bitte, bevor uns der Kollege verstirbt, zu Lösungen zu kommen, die im Rahmen der Bewertungskommission anders einzuordnen sind. Dankenswerterweise sind diese beiden Fälle gleich bearbeitet worden, während man bei allen anderen aber auch den zeitlichen Ablauf sehen muss: Die werden nicht gesünder, sondern erstens werden sie alle älter, und zweitens sind das Dinge, die sich bis in die heutige Zeit hineinziehen, dass man gucken muss, wie wir weiter vorgehen.

Wir haben auf Bitten der Innenverwaltung diese 178 Fälle noch mal in den acht Kategorien dokumentiert. Frau Senatorin hat es angesprochen: Wir haben 28 Fälle der Kategorie 2.1 – das heißt, bei der nachweisbaren Ungleichbehandlung schon der Bewertungskommission – rausgesucht, haben aber darauf hingewiesen, dass praktisch alle anderen Kategorien mit Ausnahme der Verwendungsdauer – – Da sind immer noch Gesundheitsfälle drin, die unbedingt jetzt noch mal – ich sage die Zahl noch mal: Es verbleiben noch 46 Fälle – ärztlich begutachtet werden sollten, um sie dann in die Kategorien der Bewertungskommission neu einzuordnen. Also: 46 Fälle, die noch mal ärztlich begutachtet werden müssen. Alle anderen Fälle – auch die übrigen 72, denn 250 hatten sich beschwert, nur 178 haben sich dem Verfahren der Sichtungskommission unterworfen – nehmen wir natürlich wieder mit ins Verfahren rein in der Frage der Bewertung des monatlichen Faktors, der jedem einzelnen und individuell errechnet werden muss, ausgezahlt werden müsste.

Unter dem Strich denke ich, dass wir mit unserem Bericht nicht nur die Mängel dort aufgezeigt haben, sondern vielleicht dazu beitragen können, dass wir mit Ihrer aller Hilfe, mit der Hilfe der Innenverwaltung, der Polizeibehörde und insbesondere der Haushälter des Abgeordnetenhauses von Berlin zu guten Ergebnissen kommen, die dann in kurzer Form schriftlich, schlagen wir als Kommission vor, allen Betroffenen mitgeteilt werden sollen, wie wir jetzt verfahren, wie wir uns entschieden haben und was sie zu erwarten haben. Ich denke, dass das zum Betriebsfrieden innerhalb der Polizei beitragen kann. – Erst mal so weit. Dann stehe ich für Ihre Fragen zur Verfügung. Danke!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen herzlichen Dank! – Es wurden schon bei den Begründungen des Besprechungsbedarfs einige Fragen gestellt. Nichtsdestotrotz eröffne ich jetzt die Aussprache, und als Erster hat Herr Woldeit für die AfD-Fraktion das Wort.

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Senatorin, und insbesondere meinen herzlichen Dank an Sie, Herr Manthey! Das ist eine Tragödie, die uns hier beschäftigt, und das Ganze nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren. Ich selbst hatte in der gesamten Legislaturperiode mit den Kollegen, die hier sind, damit zu tun und Kollege Lux schon in der Legislaturperiode davor. Ich möchte mal etwas Seltenes machen: Ich will das Engagement eines Grünen-Kollegen würdigen, der sich da wirklich hervorgetan hat. Das mache ich ohne irgendwelche parteipolitischen Dinge. Ich versuche, mal etwas Positives an dem tragischen Umstand herauszufiltern, etwas Positives dahingehend, dass man merkt, dass wir jetzt etwas haben, das im Fluss ist. Es hat sich wirklich etwas geändert.

Ich war 2018 mit dem Einsetzen der Bewertungskommission, ich will nicht sagen, naiv, aber ich war hoffnungsvoll, dass mit diesem Erlass Entschädigung und Genugtuung erreicht werden sollte. Dann kam die Bewertungskommission. Ich glaube, Herr Manthey, Sie haben genau das gesehen und erkannt, was ich damals schon im Gefühl hatte, auch mit den Kollegen aus dem B.I.S.S.-Verein: dass die Bewertungskommission damals ganz stumpf nach Kategorien abgeurteilt hat und möglichst schnell ihren Job erledigen wollte.

Das war mein Eindruck. Es mag sein, dass ich da falsch liege, aber Sie haben es auch angesprochen, im Bereich des Erlasses, gerade auch die Attestierung und die Vergleichbarkeit dieser Dinge. Es wurde ganz klar geschrieben: Jede Krankheit, jede Art von Beschwerden muss mit einem Attest belegbar sein, sonst gibt es keine Möglichkeit auf eine Entschädigungszahlung. Jetzt hatte der eine Kollege ein Attest, der andere Kollege hat angegeben: Wenn ich auf dem Schießstand war, hatte ich Kopfschmerzen.

Jetzt will ich mal etwas aus der Praxis erzählen: Ich weiß nicht, wie oft ich am Standort der Schießanlage an der Bernauer Straße war. Wenn man da die ganze Zeit vor Ort ist – gerade die leitenden Sicherheitsoffiziere oder die Aufsichten bei Schützen sind den ganzen Tag auf dem Schießstand. Die Schießen, gehen mal raus, mal rein, haben dann frische Luft zwischendurch. Ich kann mich an keinen einzigen Schießtag erinnern, an dem ich nicht mit Kopfschmerzen nach Hause gegangen bin. Das ist vollkommen normal. Das hat man einfach so wahrgenommen, das ist so. Keiner wäre auf die Idee gekommen zu sagen: Okay, jetzt gehen wir zum Arzt und lassen uns die Kopfschmerzen attestieren. Warum? – Es war normal. Es wurde so wahrgenommen. Das ist einfach eine Tatsache. Der Umstand, dass 178 Beschwerdeführer mit 178 berechtigten Beschwerden jetzt dementsprechend dargestellt sind, ist gut. Ich wünsche mir, dass es in der Tat zu einer Befriedung aller Betroffenen kommt, sowohl in der Senatsverwaltung als auch mit den Betroffenen.

Was auch zu großem Unmut geführt hat, war der Umstand: 2018 hat die Bewertungskommission ihre Arbeit abgeschlossen, und bereits Ende Januar 2019 gab es dann die ersten Kritikpunkte, gerade das, was Herr Manthey angesprochen hat und ich als Beispiel genommen haben, mit den Attests. Was dann auch bemängelt wurde, ist, dass die Kommunikation falsch gelaufen ist, sowohl mit dem Staatssekretär als auch mit Ihrem Vorgänger im Amt, Frau Senatorin, und das hat die Kolleginnen und Kollegen wirklich geärgert. Das darf sich definitiv nicht wiederholen. Das heißt, die Kommunikation, so wie sie jetzt läuft, in Richtung eines vermittelnden Gespräches, in Richtung eines Miteinanders – ich glaube, das war das allererste Mal, dass Sie die innenpolitischen Sprecher mal zu einer aktuellen Sachstandsvermittlung eingeladen haben, das war gerade erst vor wenigen Wochen, vor ein paar Monaten – ist gut und richtig so, und so muss das auch funktionieren. Alle müssen mitgenommen werden, und ich glaube, dann sind wir auf einem guten Weg. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Woldeit! – Herr Schreiber für die SPD-Fraktion.

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Herzlichen Dank auch für die Ausführungen, insbesondere von Herrn Manthey zur Sichtungskommission, und stellvertretend auch Dank an die anderen Mitglieder und B.I.S.S. e. V., die seit Jahren darum kämpfen und dem Thema auch ein Stück weit zu Öffentlichkeit verholfen haben. Das muss man auch mal klar sagen. Dass die Politik darüber spricht, hat auch ein Stück weit damit zu tun, dass natürlich auch eine Medienberichterstattung stattgefunden hat, dass Probleme aufgetaucht sind, die einer dringenden „Lösung“ bedurften; Lösung in Anführungsstrichen, denn Sie haben es angesprochen: Es geht hier darum, dass Menschen gesundheitlich erkrankt sind. Es gibt Menschen, die verstorben sind. Auch hier im Parlament hat dabei in der letzten Wahlperiode die Diskussion eine Rolle gespielt: Gibt es sozusagen zur beruflichen Tätigkeit und zum Krankheitsbild die Nähe? Ist man im Dienst erkrankt? – und, und, und, und dann auch die anderen rechtlichen

Fragestellungen, die sich anschließen. Kommt man dafür auf als Dienstherr? – und so weiter und so fort.

Ich bin froh, dass es gelungen ist, aber das ist es letzten Endes durch die Sichtungskommission; das muss man deutlich sagen. Was die Bewertungskommission nicht erreicht hat: Sie hat aus meiner Sicht rückblickend nicht nur keine Empathie gezeigt, sondern in Teilen auch sehr oberflächlich in der Bewertung, in der Betrachtung agiert, um es mal auf den Punkt zu bringen. Mir ist der Satz noch sehr in den Ohren, als in der letzten Wahlperiode gesagt wurde: Wir stehen für keine weiteren Gespräche mehr zur Verfügung. – Das heißt, die haben einen Bericht erstellt, ich glaube, sie haben auch ein bisschen Geld bekommen, und sind dann gegangen. Das ist natürlich kein Stil, und das hat, glaube ich, vielen Betroffenen – ich will es mal mit einem Bild sagen – das Messer noch tiefer in den Rücken gerammt, die menschlich und emotional davon nicht nur selbst betroffen sind, sondern auch die Partnerinnen und Partner, die Familien, die das dann auch erlebt haben und erleben mussten. Von daher Ihnen einen besonders großen Dank, dass Sie sich den individuellen Fällen beziehungsweise Personen genähert und die Anträge auch noch mal mit verschiedenen Blickwinkeln betrachtet haben, denn das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. Man kann bei so einem Thema nicht nur formalisiert arbeiten. Man muss – ich will es mal so formulieren – mit Herz und Verstand rangehen, auch wenn es sicherlich am Ende um die Fragestellung geht: Wer kann welche Auszahlungen erwarten? Wer kann diese nicht erwarten?

Das, was Sie gerade geschildert haben, finde ich fast schon skandalös, wenn noch nicht einmal Unterlagen gerade für Sie in der Rückbetrachtung zur Verfügung gestellt werden. Ich will gar nicht fragen, ob man dafür Geld zurückfordern kann; das lasse ich lieber. Ich finde diese Art und Weise nicht gut, obwohl der Ansatz, der Gedanke nicht verkehrt war zu sagen: Da setzt man jemanden ein, der noch mal extern mit Sachverstand draufguckt. Deswegen einen großen Dank an Sie und für Ihre Arbeit.

Ich habe dennoch drei, vier Punkte, die ein Stück weit aus dem, was Sie vorgetragen haben, was in diesem Bericht eine Rolle spielt, nach vorne blickend hier noch mal benannt werden sollen. Zum einen hat das Land Berlin, die Innensenatorin im nächsten Jahr den IMK-Vorsitz. Herr Kollege Lux hat es angesprochen. Ich glaube, die Erfahrung, die Berlin rückblickend gesammelt hat in der ganzen Fragestellung, kann eine große Vorarbeit sein auf die anderen Länder und den Bund, denn man muss davon ausgehen, dass es bundesweit ein Thema ist, nur die anderen sind in der Form noch nicht darauf gekommen oder die Fälle sind noch nicht nach oben gespielt worden. Man muss sich diesem Thema nähern, und vielleicht ist die IMK eine Möglichkeit.

Das Zweite betrifft – was wir immer in der Diskussion hatten, und das sind auch wichtige und wesentliche Erkenntnisse – die Stichworte medizinische Betrachtung und Begutachtung, Charité: Wie können wir es schaffen, dass diese Expertisen auch in die weitere Forschung, in die weitere Betrachtung einfließen? – denn nicht jedes Krankheitsbild lässt unbedingt gleich einen Rückschluss darauf zu, dass man vielleicht Vielschießer war. Die Krankheitsbilder sind sehr unterschiedlicher Art, haben unterschiedliche Ausprägungen und stellen sich sehr differenziert dar, in Teilen leider auch erst nach Jahren erkennbar. Das ist auch ein wesentlicher Punkt. Da spielen auch Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz mit rein.

Ein dritter Punkt ist: Am liebsten müsste man Ihnen vier gleich heute noch einen Vertrag auf den Tisch legen und sagen: Bitte unterschreiben und bleiben Sie! – Die Fragestellung: Wie geht es weiter, Thema Geschäftsstelle und Thematik Beirat, sage ich mal? Wir sind so verblieben in der Koalition, und das gilt sicherlich auch für die Opposition, dass wir gesagt haben: Dieses Thema ist legislaturübergreifend. Das ist 2026 nicht beendet. Es wird unter Umständen auch weitere Fälle geben. Es wird weitere Beamte geben, die sich melden, und es muss irgendwie eine Anlaufstelle geben. Es muss ein kleineres Gremium geben, das vielleicht bei der Polizeipräsidentin angesiedelt ist; Thema Beratung, wie auch immer. Frau Innensenatorin Spranger hat sehr deutlich gemacht: Es ist daraus gelernt worden. Es sollen neue Einsatztrainingszentren und Schießbahnen entstehen. Das hat schon etwas bewirkt. Da ist nur die Frage, der Blick nach vorne – Herrn Manthey, das haben Sie auch betont –: Was schlagen Sie da vor? Es muss irgendwie eine Struktur geben. Ich warne vor einem normalisierten Verfahren; also nicht irgendein Landesamt daransetzen, sondern es muss Menschen geben, die sich mit der Materie entweder medizinisch oder polizeilich, wie auch immer, befassen und es verstehen. Was ist da Ihr Vorschlag, nicht nur das, was jetzt im Bericht steht, sondern auch noch mal aus der Diskussion heraus? – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Schreiber! – Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich möchte mich auch für die Debatte bedanken, es ist viel Richtiges gesagt und gefragt worden, und den Blick nach vorne auf die nächsten Sitzungen wenden. Ich möchte aber trotzdem nachfragen dürfen, ob es Hinweise gibt, warum die langen Standzeiten nach 7.1 des Erlasses bei Ihrer Arbeit nicht berücksichtigt worden sind. Hat es irgendwo mal einen Hinweis gegeben? Ich bin nicht nahe genug an den Akten dran, aber es ist vorstellbar, dass bestimmte Schadensereignisse beziffert worden sind und dann gesagt wurde: Okay, er hat einen ärztlichen Befund, eine schwere Krankheit, und dann bekommt er eine Summe X –, und am Ende ist sozusagen nichts mehr übriggeblieben? Gab es so eine Erläuterung oder irgendetwas, was es nicht besser macht, aber trotzdem in der Aufklärungsfrage darauf hinwirkt? – Sonst ist für mich eines auch völlig klar, und auch das sollte man nachbereiten: dass für die Einhaltung eines Erlasses durch den Senator natürlich die Senatsverwaltung zuständig ist. Der Frage muss nachgegangen werden – falls Sie, Frau Spranger, da noch Hinweise haben –, denn ich glaube, dass das für zukünftige Fragen, die man aus dem politischen Raum setzt, die dann über Jahre nicht umgesetzt werden – ich will jetzt keine Bilder skizzieren von älteren erkrankten Kollegen, auf die Herr Manthey auch schon Bezug genommen hat –, wie dieser Erlass so offenkundig schlecht umgesetzt werden konnte und warum das nicht früher aufgefallen ist.

Die zweite Frage und eine Bitte: Es gab damals Kollegen, die darauf hingewiesen haben, dass es Probleme an den Schießständen gibt, und die auch auf ihre gesundheitlichen Beschwerden hingewiesen haben. Das war spätestens 2006, 2007. Damals hat Kollege Robin Juhnke hier im Innenausschuss schon mal ein Thema daraus gemacht. Das waren aus damaliger Sicht Leute, die möglicherweise Dienstgeheimnisse verraten haben, die auf mangelhafte Zustände an Schießanlagen aufmerksam gemacht haben, die vielleicht in Kreisen ihrer Kollegen auch Weicheier waren oder Verräter, die natürlich auch den Dienstweg begangen haben, wobei am Ende wenig herauskam, weil unterschiedliche Gutachten Unterschiedliches zutage gefördert haben. Deswegen wäre meine große Bitte, und ich sage das hier im Namen meiner Fraktion ganz ausdrücklich, dass die Kollegen, die früh auf diese Probleme aufmerksam gemacht haben, auch wenn es möglicherweise nicht geltendem Recht entsprach, von allen Vorwürfen aus

dem politischen Raum freizusprechen sind. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ich würde mir aber auch wünschen, dass die Nachfolge der Dienstherren das auch in einem ordentlichen Prozess machen kann. Ich weiß, dass es Personen gibt, die heute darunter leiden, auch psychisch, weil die damals auf die Probleme aufmerksam gemacht haben. Ich würde mir ein Zeichen vom Parlament insgesamt und vor allen Dingen von der Senatorin wünschen, dass man den Personen dann auf Anfrage et cetera eine entsprechende Mitteilung machen kann. Die Berufsehre ist bei solchen Kollegen ganz besonders groß, und ich finde, bei solchen krassen Ereignissen ist es auch angezeigt, dass das Land Berlin angemessen reagiert. Das gilt meines Erachtens auch für zukünftige Fälle. Wir haben in der Berliner Polizei in vielen Bereichen Probleme, wo wir darauf angewiesen sind, dass die Basis sich meldet bei größeren Problemen. Mir wäre es hier noch mal wichtig, die Schießtrainer, die damals Meldung gemacht haben, zu rehabilitieren.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Lux! – Herr Jotzo für die FDP-Fraktion!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank! – Herr Manthey, ich bin Ihnen auch sehr dankbar für Ihren Hinweis auf den B.I.S.S. e. V. und die Betroffenenvertretung. Ich glaube, und das hat auch Kollege Schreiber schon gemacht, das muss man an dieser Stelle hervorheben. Ohne dass sich die Kolleginnen und Kollegen dort jahre- oder jahrzehntelang engagiert haben, wäre das ganze Vorhaben sicherlich nicht in der Weise umsetzbar gewesen. Von daher auch von dieser Stelle – ich bin sicher, der eine oder andere schaut jetzt zu – der Dank des Hauses an den B.I.S.S. e. V.!

Mich würde interessieren – ich glaube, das ist noch nicht ganz zur Sprache gekommen, aber Frau Spranger, Sie haben sich schon sehr positiv geäußert –: Wie sieht es denn jetzt aus? Soweit Sie berichtet haben, ist alles auf einem sehr guten Weg. Ich denke, wir sind alle optimistisch, dass das Verfahren jetzt auch im Sinne der Betroffenen zu einem Abschluss gebracht werden kann, möglichst mit einer Einigung, die Gerechtigkeit herstellt und den Rechtsfrieden sichert. Können Sie uns schon eine Vorschau geben, welche Schritte Sie als Nächstes planen? Herr Staatssekretär Akmann war sozusagen in vorderster Front dort für Sie tätig, aber Sie waren auch selbst involviert. Ich gehe davon aus, Sie machen das Ganze jetzt zur Cheffinnensache und das Ganze wird dann auch zeitnah abgeschlossen werden können.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Jotzo! – Für die CDU-Fraktion Herr Wansner!

Kurt Wansner (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Manthey! Wenn man Ihrem Bericht wirklich intensiv zugehört hat, dann fällt es dem Anständigsten schwer, gewisse Dinge nachzuvollziehen, die in den letzten Jahren abgelaufen sind. Da muss man sich manchmal fragen: Wo war eigentlich die politische Verantwortung? – Es hilft uns nicht, wenn wir hier diskutieren und sagen: Unser Blick geht nach vorne. – Nein, wir müssen auch zurückschauen. Wir müssen sehen, warum es überhaupt zu solchen Vorfällen gekommen ist. Lieber Herr Lux, da helfen keine wortreichen Erklärungen. Wir wissen, wie oft wir im Innenausschuss darüber diskutiert haben. Wir wissen, welche Antworten wir manchmal von vorne bekommen haben zu diesen Problemen, die wir heute von Herrn Manthey dargestellt bekommen haben.

Herr Manthey! Noch einmal vielen Dank, dass Sie so für jeden hier im Raum sehr verständlich dargestellt haben, welche Verantwortung die Abgeordneten hier in diesem Raum haben,

gleichzeitig allerdings auch, welche Verantwortung die Regierung hat. Frau Senatorin, ich glaube Ihren Worten, dass Sie in nächsten Zeit sicherlich um das kümmern, was in den letzten Jahren unterblieben ist. Das kann man ohne weiteres sagen. Man kann sich doch hier nicht hinstellen, Herr Kollege, und so tun, als ob das hier alles ganz neu war. Es war in den gesamten Diskussionen, die wir hier geführt haben, immer die Frage von den Kollegen und von B.I.S.S.: Warum werden wir nicht intensiver angehört? Warum werden unsere Problemfälle nicht intensiver diskutiert? – Hier geht es doch nicht darum, ob irgendeine Wand schief gemauert wurde, sondern es geht um die Schicksale vieler Menschen, wo man manchmal das Gefühl hatte, Herr Manthey, sie werden wegdiskutiert. Die, und da hat Herr Lux sogar mal recht, die das am Anfang vorgetragen haben, wurden ein wenig scheel von der Seite angeschaut. Dann hat man versucht, das so darzustellen, als ob es welche gibt, die gewisse Dinge in die Welt setzen und das nicht so unbedingt beweisen können. Das heißt, sie wurden nach Hause geschickt, oft mit der Formulierung: Na, so ist es ja nun doch nicht. – Deshalb ist es wichtig, dass wir einen solchen Abschlussbericht haben.

Man könnte jetzt alles durchgehen, aber Sie haben in dem Punkt „Gleichbehandlung“ auf Seite 54 dargestellt: Da

erkannte die Sichtungskommission in einer Reihe von Fällen – trotz nicht eindeutiger Beschreibung der Fallkategorien durch die BWK – dass offensichtliche Fehler in der Behandlung gleichgelagerter Fälle vorgekommen sind. ... Insoweit besteht Einigkeit bei allen Mitgliedern der Sichtungskommission, dass alle eingereichten Beschwerdefälle nochmals auf Gleichbehandlung überprüft werden müssen. Nur wenn Transparenz

– Frau Senatorin –

und Gleichbehandlung hergestellt werden, besteht die Chance, die Problematik in sachlicher und emotionaler Hinsicht nachhaltig zu befrieden.

Auch nur im Ansatz. Wir werden sie nicht befrieden können, weil wir heute wissen, dass wir manche Menschen und gerade viele Menschen, die darunter krank geworden sind, im Nachhinein nicht mehr so behandeln können, wie sie es eigentlich von uns hätten erwarten können.

Herr Manthey, ich habe noch eine Frage: Standen bei der Bewertung beziehungsweise Sichtung bei allen identischen Akten und auch bei Ihrer Arbeit die gleichen Akten zur Verfügung wie der Bewertungskommission oder der Sichtungskommission, oder gab es da unterschiedliche Akten, weil ich, wenn ich Ihren Bericht lese, eine völlig andere Darstellung zur Kenntnis nehmen muss? Deshalb ist die Frage: Gibt es hier die Akten der Bewertungskommission, und gibt es die Akten der Sichtungskommission, die Ihnen vorgelegen haben, weil, wenn man sich mit dem Abschlussbericht insgesamt beschäftigt, schon fast eine gewisse – da muss man vorsichtig sein – Fahrlässigkeit in einigen Bereichen erkennbar geworden ist?

Zum Schluss, Frau Senatorin, mit aller Deutlichkeit: Sie waren in diesem Innenausschuss nicht. Ich wiederhole noch mal das, was ich vorhin gesagt habe: Es ist hier immer eine sehr intensive Diskussion insbesondere auch mit Ihrem Vorgänger gewesen. Manchmal hatte man das Gefühl, ich jedenfalls, dass da nicht so unbedingt diese menschlichen Schicksale im Vordergrund standen, sondern die Situation: Wie komme ich aus diesen Problemen insgesamt

heraus? – Deshalb ist es meine Aufgabe und die Aufgabe der CDU-Fraktion, Sie sehr deutlich zu bitten, den Schicksalen dieser Menschen entgegenzukommen, so wie sie es insgesamt verdient haben.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Wansner! – Als Nächster Herr Schrader von der Fraktion Die Linke!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch von uns an Herrn Manthey und die gesamte Sichtungskommission für ihre Arbeit! Es ist jetzt schon viel Richtiges gesagt worden, was ich nicht noch mal wiederholen möchte. Ich bedanke mich auch für diese sehr konstruktive Debatte bis gerade. Allerdings, Herr Wansner, habe ich gerade nicht ganz verstanden, gegen wen sich jetzt Ihr Vorwurf der nicht wahrgenommenen Verantwortung richtet. Ich habe das jetzt hier in dieser Diskussion sehr positiv wahrgenommen, wie sich auch sehr positiv darauf bezogen wurde, wie diese Koalition in der letzten Wahlperiode als erste angefangen hat, sich dieses Problems anzunehmen und die Aufarbeitung in die Wege zu leiten. Man muss auch schon ausdrücklich die Arbeit des Innensensors Geisel damals anerkennen, der das mitgemacht hat. Insofern kann man natürlich aufarbeiten; es ist schon wichtig, warum in der Vergangenheit und von davor amtierenden Senatoren dieses Problem eher nicht erkannt und sich nicht dessen angenommen wurde. Ich glaube aber, insgesamt ist es wichtiger, jetzt nach vorne zu schauen.

Ich habe nur noch eine Frage, die übrig geblieben ist, an Herrn Manthey. Die geht auch noch mal in die Richtung: Wie geht es jetzt weiter? Angenommen, es gibt zeitnah, was ja wünschenswert wäre, eine Einigung zum Verfahren. Sie hatten angeboten und auch klargestellt, dass Sie dankenswerterweise dann beraten und zur Verfügung stehen würden. Haben Sie eine Einschätzung, wie lange das aus Ihrer Sicht notwendig sein wird? – Sicherlich ist es klar, dass jetzt mit einer Einigung nicht alles abgeschlossen sein wird, aber natürlich muss man vielleicht perspektivisch sehen: Wann kann man denn mit einem Abschluss rechnen, auch wenn sich vielleicht sogar jetzt noch oder in der nahen Zukunft Fälle melden, die sich bisher noch zurückgehalten haben? – Das vielleicht als letzte Fragen von mir. Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Schrader! – Ich möchte auf die Zeit hinweisen: Wir haben noch zehn Minuten für die Beantwortung der Fragen und alles weitere, was auf der Tagesordnung steht. – Nichtsdestotrotz, Frau Senatorin, haben Sie für eine erneute Stellungnahme das Wort.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Herzlichen Dank! – Ich möchte eines noch mal sagen, es wurde schon ausgeführt: 30 Kolleginnen und Kollegen werden noch in diesem Jahr entschädigt. Da sind die zwei Kollegen mit dabei, bei denen wir darum gebeten worden sind aufgrund des Alters, aufgrund der Schwere der Krankheit. Es war für mich persönlich auch sehr wichtig, dass wir da sofort reagiert haben. Ich werde mir das anschauen, was Sie gesagt haben, mit den Kolleginnen und Kollegen, die etwas vorgetragen haben in den letzten Wahlperioden. Das werde ich mir kommen lassen, und ich hoffe, dass ich das noch identifizieren kann, denn es ist schon sehr wichtig, dass Kolleginnen und Kollegen auch auf Missstände hinweisen. Das ist uns sehr wichtig. Das ist mir persönlich auch wichtig. Insofern haben sich die Missstände dann auch bewahrheitet. Das wurde hier in dem Abschlussbericht auch noch mal sehr ausführlich dargelegt.

Herr Jotzo, es wird zeitnah abgeschlossen werden. Wir sind in sehr guten Gesprächen. Deshalb wird das hier zeitnah Thema werden, und ich werde dann hier im Ausschuss auch darüber berichten.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Herr Manthey, Sie haben jetzt das Wort zur Beantwortung der Fragen.

Bernd Manthey (Sichtungskommission): Ich möchte Ihre Zeit nicht strapazieren. Zehn Minuten, Frau Vorsitzende! – Ich will hinten beginnen. Frau Senatorin hat es gerade gesagt: Wir sind in einem ständigen Dialog. Heute Nachmittag um 16 Uhr sitzen wir wieder mit Vertretern der Innenverwaltung, der Sichtungskommission und der B.I.S.S. zusammen, um das weitere Verfahren und die Ergebnisse unserer Arbeit gemeinsam voranzutreiben. Ich sehe das relativ wertneutral, aber auch sehr optimistisch, denn wir haben 28 plus 4 Fälle, die wir selber noch benannt haben. Nach dem Altverfahren der Bewertungskommission haben wir jetzt noch mal im Rahmen der Gleichbehandlung, ohne ärztliche Expertise, sondern nur wegen der Gleichbehandlung der Kategorien der BWK, gesehen, dass da Fehler gemacht worden sind, also falsche Einordnungen und Zuordnungen zu den Kategorien, und haben der Senatsinnenverwaltung bezüglich dieser 28 plus 4 Fälle in jedem individuellen Fall empfohlen, die Ausgleichszahlung anders zu gestalten, nämlich deutlich höher, als die Bewertungskommission es vorgesehen hat. Das ist schon mal eine supererfreuliche Sache, die sich auch herumgesprochen hat innerhalb der Behörde, insbesondere bei den Betroffenen, auch der Organisation der B.I.S.S. Wir sind mit B.I.S.S. einvernehmlich dabei, gemeinsam die Dinge voranzutreiben.

Die zweite Kategorie, die hatte ich vorhin erwähnt, sind die 46 Fälle, die aus anderen Kategorien, die wir gefunden haben, krankheitsbedingte Fälle sind, die vorrangig, insbesondere da aber wiederum nach Altersjahrgängen, vorgezogen werden, um noch mal ärztlich begutachtet zu werden. Es müssten wegen der Frage der Gleichbehandlung dann die Kriterien der BWK auch bei denen noch mal angewendet werden. Darauf kann man aber gemeinsam achten, dass das im Rahmen der Gleichbehandlung auch passiert.

Der dritte große Komplex ist, 786 Fälle noch mal in die Hand zu nehmen und gemäß Nummer 7 des Erlasses der Innenverwaltung endlich den Kolleginnen und Kollegen gerecht zu werden, die sozusagen jahre-, jahrzehntelang diesen widrigen Umständen ausgesetzt waren, da einen Faktor zu finden, indem man dann pro Monat oder wie auch immer – wir haben pro Monat vorgeschlagen – einen X-Faktor anzusetzen hat, um gegenüber den Kollegen transparent und deutlich zu sein. Derjenige, der 32 Jahre oder 34 Jahre lang diesen Dingen ausgesetzt war, bekam von der Bewertungskommission nichts zugesprochen und andere, die ein knappes Jahr dabei waren, 3 000 Euro – allein an dieser Spanne sehen Sie schon, dass da irgendetwas mit der gesamten Einordnung nicht gestimmt hat. Von daher würde ich meinen, lassen Sie uns gemeinsam so weiterverfahren mit Ihrer aller Unterstützung. Ich finde es großartig, und das wird sich auch in der Kollegenschaft herumsprechen, dass parteiübergreifend dieser Senat oder die Regierung des Abgeordnetenhauses sich der Sorgen so annimmt, wie wir vorgeschlagen haben.

Was die Zukunft angeht, Herr Schreiber und Herr Lux, würde ich sagen – das haben wir auch vorgeschlagen –, sollten wir auch für zukünftige Fälle eine Beratungsstelle einrichten, wo sich Kollegen vertrauensvoll hinwenden können, wo die Fälle noch mal individuell und einzeln abgearbeitet werden. – Zweitens sind wir auf einem sehr guten Weg, wenn es um die Frage

arbeitsschutzrechtlicher Bedingungen in den Schießständen geht, dass wir jetzt alles versuchen, auf den neuesten Stand zu bringen. Wir sind dabei, der Polizeibehörde und der Innenverwaltung dafür die Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist der richtige und gute Weg, denn Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich harte Polizeivollzugsarbeit leisten, haben einen Anspruch darauf, mit neuestem Gerät ausgestattet zu werden. Das machen wir mit Fahrzeugen, das machen wir mit digitaler Technik; das müssen wir aber auch im Rahmen der Aus- und Fortbildung, insbesondere der Schießausbildung machen, sodass wir denen Gelegenheit geben, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass keiner mehr in die Not gerät, durch die Tätigkeit auf dem Schießstand Lungen- oder Herzprobleme oder sonst etwas zu bekommen. Das ist eine Frage der gelebten und lebendigen Fürsorgeverpflichtung des Dienstherrn, und ich denke, dass das immer ein Dauerthema sein wird. Was die Abarbeitung angeht, habe ich versucht, das zu beschreiben: Wir werden, denke ich, gemeinsam diese Fälle oder die Altfälle, wenn man das so bezeichnen will, zügig abarbeiten.

Ich würde zum Schluss noch mal anmerken wollen: Die Innenverwaltung oder die Polizeibehörde oder wir gemeinsam sollten in einem Mitarbeiterbrief zu einem Zeitpunkt, von dem wir noch beschließen müssen, wann der geeignete ist – er wäre jetzt schon längst geeignet –, das Verfahren erläutern, dass wir sagen: Was steht in Aussicht? Wer bemüht sich um die Beschwernisse der Kollegen? – und dass man das im Rahmen eines Mitarbeiterbriefes möglichst zügig herausgibt, damit wir auch mal nach innen in unserer eigenen Behörde, in der Polizeibehörde, etwas Frieden bekommen und Zuversicht, dass sich die Behörde letztlich doch kümmert. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Okay! – [Kurt Wansner (CDU): Er hat eine Frage nicht beantwortet, die wichtig ist!] – Ganz schnell, Herr Wansner!

Kurt Wansner (CDU): Herr Manthey, eine Frage nur: Lagen bei der Bewertungskommission und der Sichtungskommission die gleichen Akten vor, nach denen Sie mehr oder weniger überprüfen konnten?

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Herr Manthey!

Bernd Manthey (Sichtungskommission): Entschuldigung, darauf wollte ich eigentlich noch eingehen! – Jawohl, wir haben nur abgespeckte Akten, sage ich mal, bekommen, denn eines steht fest: Wir sind keine Ärzte. Alles, was in ärztlichen Bulletins oder Attesten oder sonstigen Beschreibungen in der normalen Personal- und Gesundheitsakte steht, haben wir nicht bekommen, sondern unser Auftrag war, weil wir natürlich keine ärztlichen Expertisen machen können, dass wir darauf achten: Ist gleich behandelt worden? Ist transparent gearbeitet worden? Sind die Einordnungen richtig gewesen? Sind die Kategorien nachvollziehbar gewesen? – Insofern haben wir zwar Atteste in den Akten gehabt, aber sicherlich nicht die vollständigen Akten, die die Bewertungskommission damals bei allen 780 hatte.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen herzlichen Dank! – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen dazu vor. Es wurde zu Beginn des Tagesordnungspunktes bereits die Vertagungen beantragt. – Ich sehe Einvernehmen. Dann vertagen wir die Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b.

In Anbetracht der Zeit möchte ich Ihnen vorschlagen, dass wir alles Weitere, was auf Ihrer Einladung steht, alle weiteren Tagesordnungspunkte, vertagen und gleich zu Verschiedenes kommen. – Ich sehe keinen Widerspruch, also vertagen wir alles.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0165

[0012](#)
InnSichO

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die
Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der
Ausübung öffentlicher Gewalt durch
Vollzugsbeamte des Landes Berlin –
sichere Rechtsgrundlage für den Einsatz von
Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern)**

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0261

[0034](#)
InnSichO

**Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Kooperation
mit Islamisten beenden, Koranschulen kontrollieren
und radikale Moscheevereine verbieten**

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wirksame Präventions- und Repressionskonzepte
gegen Klebe-Blockaden**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0062](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Kriminalität mit gemieteten Kraftfahrzeugen –
Welche Rolle spielen dubiose Autovermietungen und
was kann getan werden, um das
Vermietungsgewerbe vor „schwarzen Schafen„ zu
schützen?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0059](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0609
**Bundratsinitiative zum Wahlrecht auf Landes-
und kommunaler Ebene für Drittstaatsangehörige
und Unionsbürger*innen**

[0066](#)
InnSichO(f)
IntArbSoz
Recht

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0618
**Einen Polizeiabschnitt für den Pankower Ortsteil
Buch**

[0067](#)
InnSichO
Haupt

Hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Antrag der
AfD-Fraktion
Drucksache 19/0618-1
**Einen Polizeiabschnitt für den Pankower Ortsteil
Buch**

[0067-1](#)
InnSichO
Haupt

Vertagt.

Ich rufe auf

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Dazu hat sich Frau Senatorin gemeldet.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Ich habe mich gemeldet, weil Herr Penn vorhin die Frage zu Wilhelmshagen gestellt hatte; wir haben vorhin ja ein Wortprotokoll beschlossen. Ich habe nach der Frage von Herrn Penn noch mal in meinem Haus nachgefragt, und es ist so, wie es Herr Penn völlig richtig gesagt hat: Der Bauantrag – es ist leider so – ist im ersten Quartal 2023 für Wilhelmshagen vorgesehen, die Baugenehmigung eventuell für das dritte Quartal 2023, die Durchführung dann ab dem zweiten Quartal 2024 und dann die Fertigstellung 2025. Ich möchte mich dafür entschuldigen, aber auf Nachfrage in meiner Verwaltung, Herr Penn, haben Sie völlig recht gehabt.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin, auch für die Korrektur!

Weiteres: Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *